

Eva Saluz	Editorial	3
Yasmin Iqbal	Thema / Question du jour Zugriff auf elektronische Post	7
Christian Bovet	Anwaltspraxis / Pratique du barreau L'avocat face à quelques actualités du droit de la concurrence	14
Sarah Montani	L'architecture du savoir juridique	18
Simon Hirsbrunner	Neue Entwicklungen im EG-Recht	20
	Rechtsprechung / Jurisprudence	21
	Rechtsetzung / Législation	24
René Rall	SAV – Kantonale Verbände / FSA – Ordres cantonaux Der Generalsekretär teilt mit . . .	28
René Rall	Le Secrétaire général vous informe . . .	28
Axel Grannemann	Der DeutscheAnwaltVerein informiert . . .	30
	Agenda	31

Hinweis Aufgrund zunehmender organisatorischer Schwierigkeiten sehen wir uns leider gezwungen, künftig auf die Rubrik «Pressespiegel» zugunsten anderer Informationen mit grösserer Aktualität zu verzichten.
Die Herausgeber

A votre attention En raison de difficultés administratives croissantes, nous nous voyons malheureusement obligés de renoncer désormais à la publication de la rubrique «Revue de presse» au bénéfice d'informations d'une plus grande actualité.
Les éditeurs

Impressum

Anwaltsrevue/Revue de l'avocat
7. Jahrgang 2004/7^e année 2004
ISSN 1422-5778

Zitiervorschlag/Suggestion de citation
Anwaltsrevue 1/2004, 3 ff.
Revue de l'avocat 1/2004, 3 ss

Herausgeber/Edité par
Helbing & Lichtenhahn Verlag
Schweizerischer Anwaltsverband/
Fédération Suisse des Avocats

Chefredaktion/Rédacteur en chef
Peter von Ins, Fürsprecher (vI)
Bollwerk 21
CH-3001 Bern
Telefon/Téléphone: 031 328 35 35
Telefax: 031 328 35 40
E-Mail: vonins@bollwerk21.ch

**Verlag und Redaktion/
Edition et rédaction**
Helbing & Lichtenhahn Verlag
Lektorat Zeitschriften
Lic. phil. Roland Strub
Lic. phil. Anne-Marie Prévost
Elisabethenstrasse 8, CH-4051 Basel
Telefon/Téléphone: 061 228 90 70
Telefax: 061 228 90 71
Internet: www.helbing.ch
E-Mail: zeitschriften@helbing.ch

Mitarbeiter/Collaborateurs
Lic. iur. Max Beetschen (Be)
Lic. iur. Thomas Büchli (Bü)

Sekretariat SAV/Sécrétariat FSA
Marktgasse 4, Postfach 8321
CH-3001 Bern
Telefon/Téléphone: 031 313 06 06
Telefax: 031 313 06 16
E-Mail: info@swisslawyers.com

Inserate/Annonces
Kretz AG
General Wille-Str. 147, Postfach
CH-8706 Feldmeilen
Telefon/Téléphone: 01 925 50 60
Fax: 01 925 50 77
E-Mail: info@kretzag.ch

Vertrieb/Distribution
Bookit Medienversand AG
Industriest. Ost 10, CH-4614 Hägendorf
Telefon/Téléphone: 062 209 27 39
Telefax: 062 209 26 27
E-Mail: zeitschriften@sbz.ch

Preise/Prix
Jährlich/Annuel: Fr. 148.–, € 94.–
Studenten/Étudiants: Fr. 98.–, € 62.–
Einzelheft/Numéro séparé: Fr. 20.–, € 13.–
Mitglieder des SAV gratis/Membres FSA gratuit
Alle Preise zzgl. MwSt.
Kündigungen für die neue Abonnementsperiode sind schriftlich und bis spätestens 31. Oktober des vorangehenden Jahres mitzuteilen./La résiliation de l'abonne-

ment pour une nouvelle période doit être communiquée par écrit au plus tard jusqu'au 31 octobre de l'année précédant la nouvelle période.

Copyright
© Titel «Anwaltsrevue/Revue de l'avocat»
by Schweizerischer Anwaltsverband, Bern
© Inhalt by Schweizerischer Anwaltsverband Bern und
Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel/Genf/München
© Gestaltung, Umsetzung und Grafik
by Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel/Genf/München

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitschrift und ihre Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages./Tous droits réservés. La revue est protégée par la législation sur les droits d'auteur. Toute exploitation non autorisée par la loi nécessite l'accord écrit de l'éditeur.

Die in dieser Zeitschrift von Autorinnen und Autoren geäußerten Meinungen und Ansichten müssen sich nicht mit denjenigen der Redaktion oder des SAV decken./Les opinions exprimées dans cette revue par les auteurs sont personnelles et n'engagent ni la rédaction ni la FSA.

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Am 22. November 2003 haben sich Vertreter zahlreicher Anwaltsorganisationen in Paris versammelt und über die aktuellsten Themen des Anwaltsberufes in ihren Heimatländern informiert: Amerika, Belgien, Deutschland, England, Holland, Israel, Kanada, Kroatien, Luxemburg, Marokko, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Spanien, Tschechien, Tunesien und der Schweiz.

Der Präsident der American Bar Association berichtete, dass wegen verschiedener Finanzskandale in Firmen (Enron, Worldcom) das Berufsgeheimnis der Anwälte aufgehoben und eine Meldepflicht bei Verdacht auf strafbare Handlungen eingeführt werden soll. Dagegen kämpft der amerikanische Anwaltsverband. Er setzt sich zudem für die Rechte der Häftlinge in Guantanamo ein. Seit knapp zwei Jahren sind auf dem amerikanischen Militärstützpunkt mutmassliche Terroristen inhaftiert. Sie sollen nach dem Willen von Präsident Bush vor ausserordentliche Militärtribunale gestellt werden. Diese Gefangenen werden ausserhalb jedes rechtlichen Rahmens inhaftiert.

Der Präsident des tunesischen Anwaltsverbandes verbrachte selber drei Jahre im Zusammenhang mit der Ausübung seines Berufs im Gefängnis, und er schilderte das Schicksal der tunesischen Kollegin, welche wegen Behinderung in ihrer Berufsausübung in den Hungerstreik getreten und in sehr schlechtem Gesundheitszustand ist.

Angesichts dieser grossen Probleme, bei welchen grundlegende Werte wie das Leben, die Freiheit und die Gesundheit der Anwältinnen und Anwälte zu verteidigen sind und um die Menschenrechte und die Verteidigungsrechte von Gefangenen gekämpft werden muss, scheinen die Sorgen der schweizerischen Anwaltschaft doch relativ klein: Ob der Fachanwalt ein Jahr früher oder später eingeführt wird, die Vereinheitlichung der Schweizerischen Straf- und Zivilprozessordnung in den Jahren 2007 oder 2009 zustande kommt, ob es gelingt, ein einheitliches schweizerisches Ständesrecht zu schaffen . . .

Wachsam sein muss der Schweizerische Anwaltsverband insbesondere bei Angriffen auf die wichtigen Säulen des Berufs, nämlich das Berufsgeheimnis und die Unabhängigkeit. Daher werden die ersten Entscheide des Schweizerischen Bundesgerichts betreffend Auslegung der im Freizügigkeitsgesetz enthaltenen Unabhängigkeit mit Spannung erwartet. An der Konferenz in Paris

wurden zusammenfassend drei Sorgen der Anwaltschaft der Welt festgehalten:

1. Die Verschärfung des Strafrechts mit immer neuen Strafbestimmungen;
2. die Angriffe auf das Berufsgeheimnis durch Einführen von Meldepflichten;
3. die Gefahr der Deregulation des Anwaltsberufes.

Bei der dritten Sorge geht es darum, dass der europäische Wettbewerbskommissar Monti die freien Berufe deregulieren möchte, d. h. dass er der Auffassung ist, dass geltendes Berufsrecht nicht mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vereinbar sei. Kommissar Monti übersieht offensichtlich, dass Anwältinnen und Anwälte einen grossen Beitrag zum Funktionieren eines Rechtsstaates erbringen. Er sieht nicht, dass sie Organe der Rechtspflege sind, sondern hat einen rein ökonomischen Ansatz. Auch wenn die Schweiz nicht EU-Mitglied ist, haben diese Strömungen auch Auswirkungen auf unser Land.

Die Schweiz ist keine Insel und hat in vielen Bereichen die europäischen Regelungen zu übernehmen. Dazu wird wohl auch der Europäische Haftbefehl gehören. Am 1. Januar 2004 wurde der Europäische Haftbefehl eingeführt. Dieser verpflichtet die Mitgliedstaaten, Personen, welche einer von 32 aufgelisteten Straftaten verdächtigt werden, innerhalb von 60 Tagen auszuliefern. Der richterliche Haftbefehl, der in einem EU-Staat ausgestellt wurde, ist in allen anderen EU-Staaten zu vollstrecken. Ein Auslieferungsverfahren gibt es für diese Straftaten nicht mehr. Ausgeschaltet wird sowohl das Erfordernis der doppelten Strafbarkeit in beiden Ländern, wie auch das Hindernis der politischen Straftat oder jenes der Gefahr unmenschlicher Behandlung. Somit müssen Staatsangehörige auch für im Inland nicht strafbare Taten ausgeliefert werden. Dies ist eine rechtsstaatlich fragwürdige Entwicklung. Für die Schweiz stellt sich die Frage, ob sie sich der Anerkennung eines Europäischen Haftbefehls widersetzen kann.

Auch wenn die schweizerischen Sorgen klein sind, gibt es also noch viel zu tun. Ich wünsche Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für das neue Jahr 2004 Mut, Ungerechtigkeiten anzuprangern, Kraft, die Grundwerte unserer Gesellschaft und die Menschenrechte zu verteidigen und Zuversicht, dass es sich lohnt, für eine bessere Welt zu kämpfen.

Eva Saluz, Präsidentin SAV

Yasmin Iqbal*

Zugriff auf elektronische Post

Schlagworte: Fernmeldegeheimnis, Server, Provider, Aufbewahrungspflicht, Urkundenedition, Persönlichkeitsrecht, Beweissicherung, Fernmeldeverkehr

I. Ausgangslage

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die Organe der SAirGroup und der Swiss Life war in der Presse zu lesen, dass E-Mails, die auf zentralen Servern von Grossbetrieben gespeichert sind, in einem Strafverfahren wegen des Bundesgesetzes über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs¹ (BÜPF) nicht herausverlangt werden können.²

Eine solche Einschränkung des Einbezugs der elektronischen Post wäre mit unabsehbaren Folgen für die Rechtsdurchsetzung verbunden. Denn dem E-Mail kommt gerade bei der Aufdeckung bzw. Beweisbarkeit von Wirtschaftsdelikten – wie die ungetreue Geschäftsbesorgung – und von Verantwortlichkeitsansprüchen tragende Bedeutung zu. Nachfolgend soll untersucht werden, ob das BÜPF wirklich in jedem Fall einer Herausgabepflicht von E-Mails entgegensteht. Dabei ist auch der Frage nachzugehen, ob neben den strafprozessualen auch zivilprozessuale Mittel zur Erlangung von E-Mails bestehen.

II. E-Mails im Strafprozess

1. Das Fernmeldegeheimnis

Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis ist heute ausdrücklich in Art. 13 Abs. 1 BV, welcher inhaltlich weitgehend mit Art. 8 EMRK übereinstimmt, als Grundrecht verankert. Eine grundrechtliche Verankerung hat sich vor allem in Anbetracht des starken Einflusses des Staates auf das Kommunikationswesen, welcher leicht zu unzulässigen Eingriffen in die Privatsphäre missbraucht werden kann, aufgedrängt. Grundgedanke des Post- und Fernmeldegeheimnisses war denn auch die *«Abwehr einer spezifischen Gefährdung der Privatsphäre infolge des Staatsmonopols»*. Vor diesem Hintergrund erstreckt sich der Schutzbereich des Fernmeldegeheimnisses auf alle Arten der Kommunikation – also auch auf die elektronische Übermittlung per E-Mail –, auf die der Staat einen erleichterten Zugriff hat.³

Wie jedes andere Grundrecht gilt das Fernmeldegeheimnis jedoch nicht absolut. So können Grundrechte unter den Voraus-

setzungen einer gesetzlichen Grundlage, eines öffentlichen Interesses und der Verhältnismässigkeit eingeschränkt werden (vgl. Art. 36 BV). Auch Art. 8 Abs. 2 EMRK lässt unter den genannten Voraussetzungen einen Eingriff in das Fernmeldegeheimnis zu.

Bis Ende 2001 waren vor allem die kantonalen Strafprozessordnungen als gesetzliche Grundlagen für Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis massgebend.⁴ Seit dem 1. Januar 2002 besteht mit dem BÜPF eine einheitliche Rechtsgrundlage. Eine gesamtschweizerische Vereinheitlichung hat sich vor allem im Hinblick auf die Liberalisierung des Post- und Fernmeldeverkehrs aufgedrängt.⁵ Soweit das BÜPF zur Anwendung kommt sind heute die kantonalen Bestimmungen obsolet.⁶

2. Das Bundesgesetz über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

Das BÜPF, welches ausführlich die Voraussetzungen und das Verfahren einer Überwachung regelt, soll neben dem Erfordernis der gesetzlichen Grundlage auch die Verhältnismässigkeit eines Eingriffes in das Fernmeldegeheimnis sicherstellen. So kann im Gegensatz zu den meisten kantonalen Strafprozessgesetzen eine Überwachung nur noch bei Vorliegen einer der in Art. 3 Abs. 2 BÜPF genannten Delikte zugelassen werden. Durch diesen abschliessenden Deliktskatalog wird eine einheitliche und rechtsgleiche Anwendung garantiert.

Betreffen die Ermittlungen also eine nicht im Deliktskatalog aufgeführte Straftat, dann ist den Strafverfolgungsbehörden der Zugriff auf den Fernmeldeverkehr verwehrt. So kann z. B. bei Verdacht auf ungetreue Geschäftsbesorgung (Art. 158 StGB) und unwahre Angaben über kaufmännische Gewerbe (Art. 152 StGB) keine Überwachung angeordnet werden.

Der Geltungsbereich des BÜPF beschränkt sich dabei auf die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Art. 1 Abs. 1 BÜPF). D. h. nicht das E-Mail an sich, sondern nur der E-Mail-Verkehr ist vom BÜPF erfasst. Wie ein Brief, der ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mit Berufung auf das Postgeheimnis zurückbehalten werden kann, ist auch das E-Mail nicht unbeschränkt dem Schutzbereich des Fernmeldegeheimnisses unterstellt.

Gerade diese Unterscheidung, ob eine Nachricht in den Schutzbereich des Fernmeldegeheimnisses fällt oder nicht, ist für die Abgrenzung zwischen der normalen Beschlagnahme, die sich

* Lic. iur. Yasmin Iqbal ist Assistentin am Lehrstuhl für Zivilprozessrecht und Schuldbetreibungs- und Konkursrecht von Prof. Isaak Meier der Universität Zürich.

1 SR 780.1; Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2002.

2 Kein Zugriff auf diese E-Mails – Untersuchungen gegen Swiss Life und Swissair verzögern sich wegen Postgeheimnis, SonntagsZeitung vom 8. Dezember 2002.

3 JÖRG PAUL MÜLLER, Grundrechte in der Schweiz, 3. Auflage, Bern 1999, S. 131 f.

4 Im Kanton Zürich §§ 104 ff. StPO.

5 Hierzu Botschaft zum Bundesgesetz über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, BBl 1998 4241 (zit. BÜPF-Botschaft), 4251.

6 NIKLAUS SCHMID, Strafprozessrecht, 3. Auflage, Zürich 1997, N 762.

grundsätzlich immer noch nach dem kantonalen Strafprozessrecht richtet, und der Überwachung nach dem BÜPF massgebend. Nachfolgend ist der Frage nach zu gehen, bis zu welchem Zeitpunkt ein E-Mail dem BÜPF untersteht und ab wann dieses nach den Regeln der Beschlagnahme herausverlangt werden kann.

3. Beschlagnahme oder Überwachung?

3.1 Problemstellung

Das BÜPF kommt nur zur Anwendung, wenn der Fernmeldeverkehr überwacht werden soll. Fällt ein E-Mail in den Bereich des Fernmeldeverkehrs kann es nur unter den erhöhten Voraussetzungen des BÜPF herausverlangt werden. Ist die Fernmeldeübertragung allerdings abgeschlossen und liegt in diesem Sinn kein Fernmeldeverkehr mehr vor, dann sind lediglich noch die Anforderungen der Beschlagnahme und Durchsuchung zu beachten.

3.2 Umschreibung des Fernmeldeverkehrs

Unbestritten ist, dass der E-Mail-Verkehr unter den Begriff des Fernmeldeverkehrs fällt und somit dem Schutzbereich des Fernmeldegeheimnisses unterliegt.⁷ Probleme ergeben sich jedoch beim Wort «Verkehr». Grammatikalisch wird damit eine Bewegung oder ein Fliessen verstanden. Es geht also um den Informationsfluss und nicht um die Information als solches.⁸ Ist eine Nachricht schon beim Empfänger angekommen, kann nicht mehr von «Verkehr» gesprochen werden. Der Schutzbereich des Fernmeldegeheimnisses ist in diesem Sinn auf die Zeit zwischen der Absendung einer Nachricht und dem Empfang durch den Adressaten beschränkt.⁹ Für den E-Mail-Verkehr bedeutet dies, dass ein E-Mail vom Zeitpunkt der Absendung bis zum Empfang in der Mailbox des Adressaten den erhöhten Voraussetzungen des BÜPF unterliegt. Sobald sich aber eine Nachricht in der Mailbox – also wie ein Brief im Briefkasten – befindet, ist der Informationsfluss abgeschlossen und es kann nicht mehr von Fernmeldeverkehr gesprochen werden.¹⁰

Sind die E-Mails auf dem Computer des Angeschuldigten gespeichert, dürfte wohl unbestritten sein, dass diese nach den Regeln der Beschlagnahme herauszugeben sind. Zu beachten ist, dass nicht nur die empfangenen, sondern auch die gesendeten E-Mails eingesehen werden können. Keine Rolle spielt dabei, ob das fragliche E-Mail bereits geöffnet wurde oder nicht.¹¹ Eine Beschlagnahme ist sogar dann möglich, wenn von der Lösungsmöglichkeit bereits Gebrauch gemacht wurde und spezielle Recovery-Programme zum Einsatz kommen müssen.¹² Nicht

so einfach erweist sich demgegenüber die Abgrenzung bei einer Aufzeichnung auf einem internen Server.

3.3 Aufzeichnung auf einem internen Server

Bei Bestehen eines hauseigenen Servers besteht die Besonderheit, dass sozusagen eine zentrale Empfangsstelle vorgeschaltet ist. Alle E-Mails werden vom Fernmeldeanbieter – also Provider – an diesen internen Server zugestellt. Erst in einem weiteren Schritt werden die E-Mails von den einzelnen Nutzern abgerufen. Mit dem Empfang der E-Mails in der Mailbox des Servers muss m. E. die Fernmeldeübertragung als abgeschlossen betrachtet werden. Denn auch bei der herkömmlichen Nachrichtenübermittlung per Postzustellung gilt die schützenswerte Übermittlungsphase als beendet, sobald die Post von der internen Verteilungsstelle in Empfang genommen wurde.

Sinn und Zweck des Fernmeldegeheimnisses war ja – wie bereits erwähnt – den erleichterten staatlichen Zugriff auf Kommunikationsvorgänge einzuschränken. Dabei ging es vor allem darum, die berechtigten Erwartungen der Benutzerinnen und Benutzer, dass ihre E-Mails nicht ohne ihr Wissen vom Staat eingesehen werden, zu schützen.¹³ Dieser Gedanke des Vertrauensschutzes tritt allerdings in den Hintergrund sobald die Nachricht beim hauseigenen Server eingegangen ist. Denn im Gegensatz zu einem eigentlichen Fernmeldeanbieter steht die Betreiberin des Servers regelmässig als Arbeitgeberin einer beschränkten Gruppe von Nutzern gegenüber und der interne Server dient in diesem Sinn vor allem der zentralen Datenverwaltung einer abgeschlossenen Einheit. Dieses besondere Vertrauensverhältnis hat denn auch unweigerlich eine Erschwerung des staatlichen Zugriffs zur Folge; womit ein erhöhtes Schutzbefürfnis entfällt.

Damit ist grundsätzlich auch bei Bestehen eines hauseigenen Servers davon auszugehen, dass sobald die Nachricht in der Mailbox des Empfängers – hier also des firmeneigenen Servers – angekommen ist, der Fernmeldeverkehr als abgeschlossen gilt und die E-Mails ab diesem Zeitpunkt der Beschlagnahme/Durchsuchung unterliegen. Das Erscheinen der einzelnen Nachrichten im Posteingang des eigentlichen Adressaten ist m. E. lediglich eine Frage der internen Verteilung. Die Abspeicherung von E-Mails auf interne Server darf denn auch nicht dazu führen, dass der Begriff des Fernmeldeverkehrs überstrapaziert wird. Es kann und darf nicht davon ausgegangen werden, dass der Fernmeldefluss nie abgeschlossen ist. Jede Nachricht hat ein Ziel, will also einen Empfänger erreichen. Sobald die Nachricht in den Herrschaftsbereich des Empfängers gelangt ist, ist das Ziel erreicht und endet die Fernmeldeübertragung. Wo die Nachricht dann aufbewahrt/gespeichert wird, ob direkt in der eigenen Schublade, bei einer aussenstehenden Person, auf dem eigenen PC, dem hauseigenen Server oder sogar einem externen Mailserver darf dabei keine Rolle spielen.

Das BÜPF muss allerdings ausnahmsweise dennoch zur Anwendung kommen, wenn E-Mails *ohne Wissen* des eigentlichen

7 BGE 126 I 50 ff; hierzu auch THOMAS HANSJAKOB, BÜPF/VÜPF, Kommentar zum Bundesgesetz und zur Verordnung über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, St. Gallen 2002 (zit. Kommentar), S. 51 f.

8 SCHMID, N 761.

9 STEPHAN BREITENMOSE, in: Bernhard Ehrenzeller/Philippe Mastronardi/Rainer J. Schweizer/Klaus A. Vallender, Die Schweizerische Bundesverfassung, Kommentar, Zürich/Basel/Genf 2002 (zit. Bearbeiter, BV-Kommentar), Art. 13 N 35.

10 Vgl. hierzu auch BGE 126 I 64.

11 Vgl. HANSJAKOB, Kommentar, S. 67.

12 THOMAS HANSJAKOB, Telefonüberwachungen aus anwaltlicher Sicht, Anwaltsrevue, 2/2003, S. 43.

13 MÜLLER, S. 134; BGE 126 I 65, E. 6a.

Adressaten eingesehen werden sollen. Denn eine solche geheime Überprüfung des Informationsaustausches kann nur unter erhöhten Anforderungen erfolgen. Dieses Kriterium der Heimlichkeit kann denn auch als Unterscheidungshilfe dienen, um die Beschlagnahme von einer Überwachung abzugrenzen.¹⁴ Thomas Hansjakob weist in diesem Sinn zurecht darauf hin, dass gespeicherte E-Mails, nach den Regeln der Beschlagnahme herauszugeben sind, obwohl eigentlich ähnliche Informationen wie bei der Überwachung erhältlich sind, wenn dies *mit Wissen des Angeschuldigten erfolgt*.¹⁵

Unerheblich ist, dass interne Fernmeldenetze und Hauszentralen ausdrücklich in Art. 1 Abs. 4 BÜPF aufgeführt werden. Denn mit der Aufnahme ins BÜPF wollte der Gesetzgeber lediglich die Möglichkeit der Überwachung von internen Servern vorsehen und nicht per se alle Daten, die sich auf diesen Trägern befinden, den strengen Anforderungen des BÜPF unterstellen. In Art. 1 Abs. 4 BÜPF wird denn auch ausdrücklich nur von einer Duldungspflicht gesprochen. Dabei stand vor allem der Gedanke im Vordergrund, den verhältnismässigen Einsatz des Zwangsmittels einer Überwachungsmassnahme sicherzustellen. Die Anordnung der Überwachung beim externen Provider würde nämlich regelmässig alle Übertragungen der ganzen Hauszentrale umfassen und die relevanten Daten müssten zuerst herausfiltriert werden.¹⁶ Es ging also nicht darum, zentrale Server als solche dem BÜPF zu unterstellen und den anderen Fernmeldeanbieterinnen gleichzustellen, sondern um den Eingriff in die Rechte eines unbeteiligten Dritten möglichst gering zu halten. Auch aus Kostengesichtspunkten hat sich die Möglichkeit der direkten Einschaltung beim internen Server aufgedrängt.

3.4 Aufzeichnung bei einem Provider

Soll ein E-Mail von einem Provider herausverlangt werden, dann kann dies in der Regel nur unter den erhöhten Anforderungen des BÜPF erfolgen. Denn dem Provider kommt – wie beispielsweise der Post – vor allem die Funktion der Fernmeldeübertragung zu. So hat das Bundesgericht in einem neueren Entscheid festgehalten, dass ein Provider (im konkreten Fall Swiss-online) nicht dazu verpflichtet werden kann, Informationen über die Identität eines E-Mails herauszugeben, ohne dass die Voraussetzungen einer Überwachung vorliegen (BGE 126 I 50 ff.).

Wird der Provider jedoch nicht nur zur Übermittlung der Daten verwendet, sondern wurde dieser daneben mit der externen Datenaufbewahrung beauftragt, dann muss das Gleiche wie bei einer Aufzeichnung auf einem internen Server gelten. D. h., wenn der Betroffene weiss, dass seine E-Mails vom Provider aufgezeichnet werden, wie dies z. B. bei einem externen Mail-Server der Fall ist, dann können die betreffenden E-Mails nach den Regeln der Beschlagnahme und Durchsuchung herausverlangt

werden.¹⁷ Es würde dem Grundsatz von Treu und Glauben als Grundgedanke des Fernmeldegeheimnisses geradezu widersprechen, die bewusst gewählte externe Datenaufbewahrungsstelle per se den Anforderungen der Überwachung zu unterstellen. In diesem Sinn wird wohl auch der Inhalt eines Postschliessfaches, welches sich in den Räumlichkeiten der Post befindet, ganz normal der Beschlagnahme unterliegen.

4. Exkurs: Pflicht zur Aufbewahrung

Gemäss Art. 5 Abs. 2 BÜPF können Auskünfte unabhängig von der Überwachungsdauer sechs Monate rückwirkend angeordnet werden. Dies hat zur Folge, dass die Betreiberin eines internen Servers aber auch eines externen Providers die Daten mindestens sechs Monate aufzubewahren hat. Dabei spielt die Abgrenzung zwischen der Überwachung und der Beschlagnahme keine Rolle. Denn sollte eine Überwachungsmassnahme bewilligt werden, dann muss die Betreiberin des Servers imstande sein, die gewünschten Daten auch zu liefern.

Neben dieser sechsmonatigen Aufbewahrungspflicht nach BÜPF bestehen allenfalls noch privatrechtliche Aufbewahrungspflichten. Für buchführungspflichtige Unternehmen könnte sich eine Pflicht nach Art. 962 OR ableiten lassen, die Daten während zehn Jahren aufzubewahren (vgl. hierzu III. 5.).

5. Zusammenfassung

Festzuhalten bleibt, dass bei der Herausgabe von E-Mails, welche auf einem internen Server aufgezeichnet sind, von einer Beschlagnahme nach dem anwendbaren Prozessrecht auszugehen ist, sofern der Betroffene von der Massnahme weiss. So untersteht auch ein Telefongespräch, das auf einem Datenträger aufgenommen wurde, nicht mehr dem Fernmeldegeheimnis und unterliegt den normalen Bestimmungen der Beschlagnahme und zwar auch dann, wenn das Band im zentralen Archiv des Arbeitgebers liegt.¹⁸ Einzig wenn E-Mails präventiv – also ohne Wissen des Betroffenen – eingesehen werden sollen, dann müssen die Anforderungen des BÜPF beachtet werden. Denn nur in einem solchen Fall geht es eigentlich um eine Überwachung.¹⁹

Auch der Vorentwurf für eine eidgenössische Strafprozessordnung (VE StPO) spricht für diese Auffassung. Nach Art. 271 VE StPO können «*Datenträger sowie Anlagen zur Verarbeitung und Speicherung von Informationen durchsucht werden, wenn begründeter Verdacht besteht, dass sich darin Informationen befinden, die der Beschlagnahme unterliegen*». Dabei fallen auch Aufzeichnungen, die in Datenverarbeitungs- oder Speicheranlagen elektronisch gespeichert sind, unter diese Bestimmung.²⁰ E-Mails, die auf einem zentralen Server aufgezeichnet wurden,

14 HANSJAKOB, Kommentar, S. 67; vgl. auch für Deutschland WOLFGANG BÄR, Strafprozessuale Fragen der EDV-Beweissicherung, MMR 1998 Heft 11, S. 577 ff.

15 HANSJAKOB, Kommentar, S. 68.

16 BÜPF-Botschaft, 4256 und 4259.

17 So nimmt auch HANSJAKOB (Kommentar, S. 67) an, dass die Voraussetzungen des BÜPF nicht gegeben sind, wenn der Betroffene weiss, dass sein Informationsaustausch aufgezeichnet wurde.

18 HANSJAKOB, Kommentar, S. 67; SCHMID, N 761.

19 Die Überwachung dient in diesem Sinn primär zu Fahndungszwecken und weniger wie die Beschlagnahme zur Sicherung von Beweisen. Vgl. BÜPF-Botschaft, 4245; SCHMID, N 759.

20 Begleitbericht zum Vorentwurf für eine Schweizerische Strafprozessordnung, Bundesamt für Justiz, Bern Juni 2001.

sind ganz klar von dieser Bestimmung erfasst. Um die Interessen des Betroffenen zu wahren, können «sachverständige Vertrauenspersonen» beigezogen werden, welche eine gewisse Sondierung vornehmen (vgl. Art. 272 Abs. 3 VE StPO). Wie der Übertitel zum 6. Kapitel des Vorentwurfs explizit erwähnt, kommt das BÜPF nur bei «Geheimen» Überwachungsmassnahmen zur Anwendung.

Nicht zu vergessen ist, dass auch wenn die E-Mails der Beschlagnahme unterliegen, der Betroffene nicht einfach wegen Nichtanwendbarkeit des BÜPF der staatlichen Herausgabepflicht schutzlos ausgeliefert ist. Denn dem Betroffenen stehen selbstverständlich die Schutzrechte aus dem Persönlichkeitsrecht²¹ zur Verfügung (vgl. hierzu III. 4.).

III. Behandlung von E-Mails im Zivilprozess

1. Einleitung

Das BÜPF kommt nur im Rahmen eines Strafverfahrens zur Anwendung (vgl. Art. 1 Abs. 1 lit. a BÜPF). Denn die Überwachung des Informationsaustausches stellt einen erheblichen Eingriff in die Rechte der Betroffenen dar. Ein derart schwerer Eingriff darf grundsätzlich nur bei der Ermittlung gegen eine Straftat erfolgen.

Geheime Überwachungsmassnahmen gehören demgegenüber nicht in den Bereich eines Zivilprozesses. Um den Sachverhalt jedoch abklären zu können, unterstehen die Parteien und Dritte weitgehenden Mitwirkungspflichten. So sind z. B. Urkunden auf Antrag hin dem Gericht vorzulegen. Diese Pflicht zur Vorlegung von Beweismitteln ist vorab eine Frage des kantonalen Zivilprozessrechts.

Nachfolgend soll anhand der zürcherischen ZPO aufgezeigt werden, ob und inwiefern E-Mails in einem Zivilverfahren – wie beispielsweise einem Verantwortlichkeitsprozess – herausverlangt werden können. Dabei ist auch der Vorentwurf für eine Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts (VE ZPO) in diese Betrachtung mit einzubeziehen.

2. Urkundenedition

Wie bereits erwähnt unterstehen Dritte und die Parteien in einem Zivilprozess weitreichenden Mitwirkungspflichten. So haben nicht am Verfahren beteiligte Personen unter Strafandrohung Urkunden, die sich in ihrem Gewahrsam befinden, herauszugeben (§ 184 Abs. 1 ZPO; Art. 152 Abs. 1 lit. b i. V. m. 158 Abs. 2 VE ZPO). Aber auch die Parteien haben im Gegensatz zum Strafprozess aktiv an der Beweiserhebung mitzuwirken. Sämtliche in ihrem Besitz befindlichen Urkunden sind offen zu legen, sofern sie nicht den Verlust des Prozesses riskieren wollen (vgl. § 183 i. V. m. 148 ZPO; Art. 152 Abs. 1 lit. b i. V. m. 155 Abs. 2 VE ZPO).

21 Bei der Durchsuchung ist auf die Geheimhaltungsinteressen der Beteiligten – also selbstverständlich auch auf diejenigen des Angeschuldigten – besonders Rücksicht zu nehmen (§ 102 StPO; Art. 272 Abs. 2 VE StPO; Siegelungsrecht in Art. 259 VE StPO).

Dass E-Mails unter den «weiten» Begriff der «Urkunden» nach §§ 183 ff. ZPO fallen, dürfte wohl unbestritten sein.²² In diese Richtung weist auch das Gerichtsstandsgesetz, welches sich in Art. 9 Abs. 2 lit. a GestG ausdrücklich für die Gleichstellung einer Gerichtsstandsvereinbarung per E-Mail und einer schriftlichen Vereinbarung ausspricht. Diese Tendenz, elektronische Daten den schriftlichen Erzeugnissen gleichzustellen, ergibt sich ebenfalls aus der am 1. Juni 2002 in Kraft getretenen Teilrevision des Obligationenrechts (OR) betreffend die Vorschriften über die kaufmännische Buchführung. So wird in Art. 957 Abs. 4 OR den elektronischen Dokumenten die gleiche Beweiskraft wie einer Urkunde zuerkannt.

Die elektronische Post wie ein Telefongespräch zu behandeln und damit dem Augenscheinsbeweis zuzuordnen, wie dies in Deutschland entschieden wurde²³, lässt sich m. E. nicht begründen. Obwohl mit dem E-Mail viele Telefongespräche ersetzt werden, ist doch die Nähe zur Briefform offenkundig. So besteht grundsätzlich im Gegensatz zum Telefonat keine Möglichkeit zur direkten Rede und Gegenrede. Ebenfalls wird unbestrittenermassen die Schriftform verwendet und nicht die mündliche Art der Kommunikation.²⁴ Der Vorentwurf zur eidgenössischen ZPO spricht sich denn auch klar für den Urkundencharakter von E-Mails aus. Nach Art. 169 VE ZPO gelten «elektronische Daten und dergleichen» ausdrücklich als Urkunden.

Die Parteien und Dritte sind in einem Zivilprozess somit verpflichtet, E-Mails, die sich in ihrem Gewahrsam befinden, nach den Regeln der Urkundenedition herauszugeben. Bei E-Mails, welche auf einem zentralen Server aufgezeichnet sind, besteht diese Herausgabepflicht sowohl für die betroffene Partei als auch für die Betreiberin des Servers. Ist das betreffende E-Mail noch im Posteingang/Postausgang abrufbar, wird wegen dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit zuerst die Partei zur Herausgabe aufgefordert. Verweigert sie die Herausgabe oder ist das Mail nicht mehr vom Nutzer einsehbar, weil es gelöscht wurde, kann die Betreiberin des Servers unter Strafandrohung zur Herausgabe verpflichtet werden.

Für die Herausgabepflicht in einem Zivilprozess spielt es also keine Rolle, ob E-Mails auf einem zentralen Server gespeichert sind oder nicht. Denn für die Qualifikation als Urkunde ist es unerheblich, was für ein Träger gewählt wurde, ob dies nun eine physische Grundlage ist oder wie bei elektronischen Dokumenten üblich die Festplatte oder ein Server als interne Datenablage. Es muss sich lediglich um ein Dokument handeln, welches geeignet ist, rechtserhebliche Tatsachen zu beweisen.

Nur ausnahmsweise kann die Edition verweigert werden. So kann der Betroffene bei Bestehen eines Zeugnisverweigerungsrechts im Sinne von § 158 und § 159 ZPO sich der Edition entziehen (§ 184 Abs. 1 ZPO). Auch bei Vorliegen eines Fabrikati-

22 Vgl. THOMAS RIHM, E-Mail als Beweismittel im Zivilgerichtsverfahren, SJZ 96 (2000), S. 499.

23 Vgl. LEO ROSENBERG/KARL HEINZ SCHWAB/PETER GOTTFELD, Zivilprozessrecht, 15. Auflage, München 1993, § 121 I.; ASTRID STADLER, Der Zivilprozess und neue Formen der Informationstechnik, ZZP Heft 4 2002, S. 430.

24 In diesem Sinn sprechen HERMANN J. STERN und MATTHIAS BRUNNER denn auch von einem Vergleich mit der herkömmlichen Postkarte, in: Der Schweizer Treuhänder 4/01, S. 365.

ons- und Geschäftsgeheimnisses kann eine Mitwirkung verweigert werden (§ 160 ZPO). Neben diesen durch das kantonale Recht gewährten Verweigerungsrechten stehen dem Betroffenen auch Schutzrechte aus dem Persönlichkeitsrecht zu.

3. Schutz von Fabrikations- und Geschäftsgeheimnis

Bei Vorliegen eines Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisses besteht ein Anspruch auf Schutzmassnahmen (§ 145 ZPO; Art. 153 VE ZPO). Als Schutzmassnahmen kommen u. a. der Ausschluss der einen oder beider Parteien, Bekanntgabe nur an die Rechtsvertreter unter Androhung von Strafe oder die Abdeckung/Anonymisierung von gewissen Textstellen in Betracht. Eine vollständige Verweigerung der Herausgabe eines Dokuments wird in der Regel aber nicht möglich sein.²⁵ Denn es ist fast kein Fall denkbar, wo Schutzmassnahmen nicht zur Wahrung des Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisses genügen.

Somit kann auch bei Vorliegen eines Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnisses die Herausgabe eines E-Mails grundsätzlich nicht verweigert werden. Es können einzig Schutzmassnahmen angebeht werden, z. B. die Abdeckung gewisser Textstellen. Bei einer Gesellschaft, die in Auflösung begriffen ist, entfällt jedoch naturgemäss die Berufung auf ein Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnis. Um nämlich als Geschäftsgeheimnis zu gelten, braucht es ein zukünftiges Interesse an der Geheimhaltung.²⁶ Dies wird jedoch nur bei Fortdauer einer Gesellschaft bejaht werden können.

4. Der Persönlichkeitsschutz

Ob ausnahmsweise ein Mitwirkungsverweigerungsrecht aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes (Art. 13 Abs. 1 BV)²⁷ besteht, ist anhand einer umfassenden Interessensabwägung zu bestimmen. Bei der Edition von E-Mails in einem Verantwortlichkeitsprozess stellt sich die Frage, ob das Persönlichkeitsrecht der betreffenden Organe/Mitarbeiter höherwertig erscheint als das Interesse an der Wahrheitsfindung. Massgebend ist dabei, welcher Bereich der Privatsphäre vom Eingriff betroffen wird. So kann ein engerer, intimerer Bereich und ein weiterer, offener Bereich unterschieden werden. Der intime Bereich – also die sog. persönliche Geheimnisphäre – bedarf unbestrittenermassen eines erhöhten Schutzes und somit einer höheren Gewichtung.²⁸ Ein Mitwirkungsverweigerungsrecht aus Gründen des Persönlich-

keitsschutzes wird denn auch regelmässig bei einem Tagebuch zu bejahen sein.²⁹ In diesem Sinn wird die Edition eines E-Mails bei einer sehr persönlich gehaltenen Botschaft wohl verweigert werden können. Betrifft die Nachricht jedoch den Geschäfts- oder Arbeitsbereich – wie es z. B. bei einer Verkaufsempfehlung eines Analysten oder einer internen Arbeitsanweisung der Fall ist – scheint die Interessenslage klar für die Herausgabepflicht zu sprechen. Zu beachten ist, dass es grundsätzlich keine Rolle spielen darf, ob die Edition unternehmensinterne Dokumente betrifft. Denn es dürfte unbestritten sein, dass in einem Verantwortlichkeitsprozess Verwaltungsratsprotokolle als interne Unterlagen herauszugeben sind.³⁰

D. h. der Betroffene kann sich in einem Verantwortlichkeitsprozess der Edition nur entziehen, wenn es sich um ein sehr persönliches E-Mail – wie beispielsweise eine Nachricht eines Freundes aus dem Freizeitbereich – handelt. Betrifft das E-Mail jedoch klar den Arbeits- oder Geschäftsbereich – wie dies z. B. bei einer kurzen Benachrichtigung eines Kollegen, dass eigentlich Bewertungsvorschriften oder sonstige gesetzliche Pflichten umgangen wurden, der Fall wäre – ist ganz klar von einer Herausgabepflicht auszugehen. Sehr problematisch erscheint daher das in Art. 155 Abs. 1 lit. a VE ZPO³¹ statuierte Mitwirkungsverweigerungsrecht. Denn durch dieses Verweigerungsrecht wird die Herausgabe eines E-Mails in einem Verantwortlichkeitsprozess, welcher oft mit einer strafrechtlichen Verantwortung einhergeht, faktisch vereitelt.³²

5. Herausgabepflicht nach Art. 963 OR

5.1 Vorbemerkung

Steht die Herausgabe eines E-Mails von buchführungspflichtigen Parteien und Dritten zur Diskussion, muss auch die bundesrechtliche Editionsspflicht nach Art. 963 OR beachtet werden. Hierbei handelt es sich um eine umfassende prozessuale Editionsspflicht, die unter Umständen sogar weiter gehen kann als die kantonalrechtliche Mitwirkungspflicht.

Von der Editionsspflicht nach Art. 963 OR sind allerdings nur die aufbewahrungspflichtigen Unterlagen betroffen.³³ D. h. nur wenn ein E-Mail der Aufbewahrungspflicht untersteht, kann dieses unter Berufung auf die bundesrechtliche Editionsspflicht herausverlangt werden. Zu beachten ist, dass Art. 963 OR auch zur Anwendung kommt, «wenn der zur Führung der Bücher Verpflichtete selber nicht am Rechtsstreit beteiligt ist».³⁴

25 Vgl. hierzu RICHARD FRANK/HANS STRÄULI/GEORG MESSMER, Kommentar zur zürcherischen Zivilprozessordnung, 3. Auflage, Zürich 1997, § 145 N 3; vgl. auch Begleitbericht zum Vorentwurf der Schweizerischen Zivilprozessordnung der Expertenkommission, Februar 2003, Art. 153, S. 80.

26 Neben dem sog. Geheimhaltungswillen wird zusätzlich verlangt, dass die «Geheimhaltung objektiv (im Sinne wirtschaftlicher Relevanz)» gerechtfertigt ist. Vgl. hierzu REGULA WALTER, Kommentar zum schweizerischen Kartellgesetz, Hrsg. von Eric Homburger u. a., Zürich 1997, Art. 16 N 8. Auch in BGE 109 Ib 56 wird für die Bejahung eines Geschäftsgeheimnisses vorausgesetzt, dass dessen Bekanntgabe einen Einfluss auf den weiteren Geschäftsgang haben muss.

27 Prozessuale Zwangsmassnahmen – wie die Editionsspflicht – fallen unter den Schutzbereich von Art. 13 Abs. 1 BV. Vgl. RAINER J. SCHWEIZER, BV-Kommentar, Art. 10 N 6; STEPHAN BREITENMOSE, BV-Kommentar, Art. 13 N 1 ff.

28 Vgl. hierzu auch RENÉ RHINOW, Die Bundesverfassung 2000, Basel/Genf/München 2000, S. 111.

29 So auch ZR 1999 40.

30 PETER HERZOG, Die Editionsspflicht nach neuer zürcherischer Zivilprozessordnung, unter Berücksichtigung der Editionspflichten aufgrund des Bundesprivatrechts, Diss. Zürich 1980, S. 54 Anm. 137.

31 Art. 155 Abs. 1 lit. a VE ZPO: «Eine Partei kann die Mitwirkung verweigern, wenn sie sich oder eine ihr nahe stehende Person der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würde.»

32 Vgl. hierzu ISAAK MEIER, Vorentwurf für eine Schweizerische Zivilprozessordnung, Zürich 2003, S. 45 f.

33 MARKUS NEUHAUS, OR-Kommentar, Hrsg. von Heinrich Honsell u. a., Basel/Frankfurt am Main 1994, Art. 963 N 5.

34 ARTHUR MEIER-HAYOZ/PETER FORSTMOSER, Schweizerisches Gesellschaftsrecht, 8. Aufl., Bern 1998, § 8 N 65.

5.2 Aufbewahrungspflichtige Unterlagen

Seit der Revision des Obligationenrechts (Die kaufmännische Buchführung) vom 22. Dezember 1999 ist in Art. 962 OR nur noch die Dauer und der Beginn der Aufbewahrungspflicht geregelt. Die eigentliche Pflicht zur Aufbewahrung ist in Art. 957 OR statuiert.³⁵ Geschäftsunterlagen können neuerdings auch elektronisch geführt und aufbewahrt werden (Art. 957 Abs. 2 OR). E-Mails gelten selbstverständlich als solche elektronische Dokumente.³⁶

Obwohl Art. 957 Abs. 1 OR nur von der ordnungsmässigen Führung und Aufbewahrung der Bücher spricht, werden auch Belege – wie Rechnungen, Quittungen und die *Geschäftskorrespondenz* – von dieser Bestimmung erfasst.³⁷ Denn der Nachweis ordnungsgemässer Buchführung lässt sich nicht ohne Zuhilfenahme weiterer Unterlagen erbringen. Die Geschäftskorrespondenz untersteht allerdings nur der Aufbewahrungspflicht, wenn sie sich in irgendeiner Weise auf die Bilanz auswirkt.³⁸

Die Frage, welche Dokumente sich nun bilanzmässig auswirken, lässt sich nicht ganz einfach beantworten. Hat z. B. eine interne Arbeitsanweisung oder ein kurzer Informationsaustausch mit einem Kollegen bezüglich der richtigen Vorgehensweise eines Aktienkaufs oder einer Betriebsübernahme Auswirkungen auf die Bilanz? Wird dieser Zusammenhang in einem engeren Sinn verstanden, muss dies sicherlich verneint werden. Geht man jedoch von einem weiten Verständnis im Sinne der Kausalität aus, muss klar ein Zusammenhang bejaht werden. In diesem Sinn zählt Käfer auch Protokolle der Verwaltungsratssitzungen und Geschäftsberichte zu den aufbewahrungspflichtigen Unterlagen.³⁹ Auch Bosshard spricht sich für eine weite Auslegung des Begriffes Geschäftsunterlagen aus. So steht für die Unterscheidung, was aufbewahrt werden muss oder nicht, die Frage im Vordergrund, ob ein Schriftstück für die Rechtsbeziehungen eines Unternehmens oder für die Unternehmensverwaltung von Bedeutung ist. Neben den eingegangenen und ausgegangenen Briefen sind auch Notizen über Telefongespräche aufzubewahren.⁴⁰ Interne Arbeitsanweisungen oder kurze Nachrichten über mögliche Ungereimtheiten können sicherlich als solche für die Unternehmensverwaltung bedeutende Unterlagen bezeichnet werden.

Betrifft ein E-Mail den Arbeits- oder Geschäftsbereich ist es sicherlich ratsam, dieses aufzubewahren. So haben denn auch Christof Helbling und Andrea Kaiser in einem Bericht in der NZZ die Auffassung vertreten, dass im Zweifel lieber ein Dokument zu viel aufzubewahren sei.⁴¹ Nur private E-Mails, die ganz klar

den Privatbereich eines Angestellten betreffen, können problemlos gelöscht werden. In welcher Form die Aufbewahrung geschäftsrelevanter E-Mails zu erfolgen hat, kann hier nicht abschliessend beantwortet werden. Hinzuweisen ist allerdings auf die Verordnung über die Führung und Aufbewahrung von Geschäftsbüchern⁴², wo in Art. 9 die zulässigen Informationsträger umschrieben werden.⁴³

6. Sicherung von E-Mails

6.1 Vorbemerkung

Bis die prozessualen Editionspflichten geltend gemacht werden können, kann viel Zeit vergehen. Vor der Klageeinreichung wird in den meisten Fällen sogar zuerst ein Sühnverfahren zu durchlaufen sein. Der Gegenseite verbleibt dabei genügend Zeit, sich unliebsamer Dokumente zu entledigen. Gerade bei elektronischen Daten besteht eine erhöhte Gefahr, dass mögliche Beweismittel vernichtet werden. Wegen dieser leichten Manipulierbarkeit von elektronischen Dokumenten ist die Frage, ob diese bereits vor Anhängigmachung eines Prozesses gesichert werden können, für die prozessführende Partei von grundlegender Bedeutung.

6.2 Vorsorgliche Beweissicherung

Gemäss § 231 ZPO (Art. 151 Abs. 1 lit. b VE ZPO) kann eine vorsorgliche Beweissicherung vor Rechtshängigkeit des Prozesses angeordnet werden, wenn glaubhaft gemacht wird, eine Beweisabnahme sei später erschwert oder unmöglich. An die Glaubhaftmachung sind dabei keine allzu strengen Anforderungen zu stellen. Obwohl elektronische Daten unbestrittenermassen mit geringem Aufwand vernichtet werden können, darf alleine das Vorliegen eines elektronischen Dokuments aber nicht schon zur Gutheissung eines Sicherungsbegehrens führen. Zur Begründung einer Beweisgefährdung bedarf es weiterer Indizien für eine mögliche Beseitigung der Unterlagen.⁴⁴ Denn auch herkömmliche schriftliche Erzeugnisse sind nicht unantastbar. So können z. B. beweisrelevante Briefe einfach mit der Mühlabfuhr beseitigt werden.

Da aber die Auffindung eines ganz konkreten Schriftstücks im Gegensatz zu einem elektronischen Dokument oft mit einem grossen Aufwand verbunden sein wird, ist es durchaus gerechtfertigt, eine Beweisgefährdung bei einem E-Mail grosszügiger zu handhaben. Das Argument einer möglichen Beweisausforschung vermag m. E. daran nichts zu ändern.⁴⁵ Denn als Beweissicherungsmassnahmen kommen die vorläufige Herausgabe der Daten an das Gericht oder ein mit Strafandrohung nach Art. 292 StGB verbundenes Vernichtungsverbot in Betracht.⁴⁶ Die Geschwisterin bekommt folglich die betreffenden E-Mails gar nicht zu Gesicht und kann somit auch keine vorzeitigen Schluss-

35 BBI 1999, S. 5160.

36 Vgl. auch BBI 1999, S. 5154.

37 THEO GUHL, Das Schweizerische Obligationenrecht, 9. Auflage, Zürich 2000, § 83 N 35.

38 MARKUS NEUHAUS, in: Kommentar zum Schweizerischen Privatrecht, Obligationenrecht II, Basel/Frankfurt am Main 1994, Art. 962 N 7.

39 KARL KÄFER, Berner Kommentar, Die kaufmännische Buchführung, 1. Teilband, Grundlagen und Artikel 957 OR, Bern 1981, Art. 957 N 200.

40 ERNST BOSSHARD, Zürcher Kommentar, Die kaufmännische Buchführung (OR 957–964), Zürich 1984, Art. 962 N 29.

41 Vgl. NZZ vom 9. Juli 2002, Müssen E-Mails aufbewahrt werden?, S. 23.

42 SR 220.

43 Vgl. hierzu Tücken des elektronischen Geschäftsverkehrs – Lösungen für die Pflicht zur Archivierung von E-Mails, NZZ 23. Mai 2003, S. 69.

44 So auch RIHM, S. 503.

45 Vgl. RIHM, S. 503.

46 FRANK/STRÄULI/MESSMER, § 231 N 3.

folgerungen ziehen. Gerade bei Verantwortlichkeitsansprüchen, wo ein widerrechtliches Verhalten bei einer Löschung der E-Mails vielleicht nicht mehr nachgewiesen werden kann, spricht die Interessenslage klar für eine grosszügigere Handhabung des Begriffs der Beweisgefährdung. Auch das zeitliche Element bei solchen Prozessen erhöht die Gefahr einer möglichen Beseitigung der betreffenden E-Mails. Dies gilt vor allem dann, wenn ein Verantwortlichkeitsprozess wegen eines Nachlassverfahrens überhaupt noch nicht angestrengt werden kann.

Grundsätzlich kann jede Person, die ein Beweisinteresse hat, ein Gesuch um Erlass einer vorsorglichen Beweissicherung stellen. Bei einer sich in Nachlassstundung befindenden Gesellschaft stellt sich zusätzlich die Frage, ob auch der Sachwalter die Pflicht zur Sicherung von beweisrelevanten E-Mails hat.

6.3 Beweissicherung durch Sachwalter

Aufgabe des Sachwalters ist neben der Beaufsichtigung der Geschäftsführung des Schuldners die Vorbereitung des Nachlassvertrages.⁴⁷ Verantwortlichkeitsansprüche sind dabei im Rahmen der Angemessenheit des Nachlassvertrages (Art. 306 Abs. 1 Ziff. 1 SchKG) bei den Nachlassaktiven zu berücksichtigen.⁴⁸ Diese gesetzliche Verpflichtung erfüllt nur dann seinen Zweck, wenn der nachträglich angestrenzte Verantwortlichkeitsprozess auf genügend belastende Beweismittel aufbauen kann und wirklich Aussicht auf Erfolg hat. Wurden nun aber die E-Mails gelöscht, wird der Nachweis möglicher Verantwortlichkeiten wohl schwer zu erbringen sein. Ebenfalls die Pflicht des Sachwalters neben dem Interesse der Gesellschaft auch dasjenige der

47 HANS FRITZSCHE/HANS ULRICH WALDER-BOHNER, Schuldbetreibung und Konkurs, Band II, Zürich 1993, § 72 N 17.

48 HANS ULRICH HARDMEIER, Kommentar zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs, Hrsg. Adrian Staehelin/Thomas Bauer/Daniel Staehelin, Basel/Genf/München 1998, Art. 306 N 11.

Gläubiger zu wahren, spricht für die Anordnung einer Beweissicherungsmassnahme.

In diesem Sinn ist m. E. von einer Verpflichtung des Sachwalters auszugehen, die E-Mails, die vor der Überschuldung der Gesellschaft ein- und ausgegangen sind, sicherzustellen. Zu denken ist hier vorab an eine Sicherstellung der Sicherungskopien des Servers.

IV. Schlussbetrachtung

Wie die vorangehenden Ausführungen gezeigt haben, können E-Mails sowohl in einem Strafverfahren als auch in einem Zivilprozess eingesehen werden. Wichtig ist, dass für die Anwendung des BÜPF klar zwischen einem angekommenen E-Mail und dem E-Mail-Verkehr zu unterscheiden ist. Wo ein E-Mail aufbewahrt wird, darf keine Rolle spielen. Denn es lässt sich mit der Rechtsgleichheit kaum vereinbaren, dass eine Abspeicherung von E-Mails auf dem eigenen PC zu einer anderen Behandlung führen sollte, als wenn diese auf einem bewusst gewählten anderen Datenträger abgelegt sind. Die Wahl eines internen Servers als sozusagen firmeneigene externe Festplatte darf nicht dazu führen, dass sich der Einzelne unliebsamer Verantwortlichkeiten entledigen kann.

Elektronische Dokumente stellen den Rechtsanwender in diesem Sinn nicht vor unlösbare Probleme. Die neuen technologischen Entwicklungen verlangen lediglich eine gewisse Flexibilität, nach sachgerechten Lösungen zu suchen. Sinn und Zweck eines Gesetzes bekommen bei diesen rasanten Entwicklungen zunehmend an Bedeutung. Die kleinliche Unterscheidung, welcher Träger für eine Information gewählt wurde, verkennt die eigentlichen Probleme des Informationsaustausches und läuft Gefahr die Rechtsdurchsetzung an sich in Frage zu stellen. ■



Entracte · Gesetz

Bei der Beratung des Erbrechts, aus der Parlamentsdebatte 1907

«Wir, die wir in unsern kleinen Verhältnissen die Bureaukratie höchstens soweit kennen gelernt haben, als sie uns von der eidg. Gesetzgebung aufgedrängt worden ist, können die hier vorgesehenen Formen auch nicht freudig bewillkommen. Ein braver Bauer sagte einmal zu mir – er hatte in einem Nachbarkanton einen Prozess – er möchte lieber, dass Jahr für Jahr die Maikäfer und Engerlinge miteinander kämen, als dass in unserm Kanton eine solche Advokatenwirtschaft herrsche, wie in jenem andern Kanton.»

«... und ich wünsche, dass derartige Verfügungen (von Todes wegen) im Sinne meines Antrages von Seiten eines Erblassers getroffen werden können zu Gunsten des Gemeinwesens und zu Gunsten gemeinnütziger Zwecke. Vorderhand sind Mätressen bei uns noch nicht zu gemeinnützigen Institutionen erhoben worden. Ich glaube, mein Antrag hat nach dieser Seite volle Berechtigung, selbst gegenüber einem Vater, der mit CHF 500 000.00 auf der faulen Haut gelegen ist. Wenn er findet, dass der Sohn nun arbeiten sollte, anstatt wie er auf der faulen Haut zu liegen, so wird das eine Lösung sein, die wir nicht bedauern dürfen».

Christian Bovet*

L'avocat face à quelques actualités du droit de la concurrence

Mots clés : droit de la concurrence, accords, restrictions verticales, sanctions

I. Introduction générale

Le droit suisse de la concurrence a fortement évolué ces dix dernières années: d'un domaine réservé à une petite minorité de spécialistes, il est devenu une matière à laquelle sont confrontés de plus en plus de praticiens. Ces développements s'observent non seulement dans l'application de la loi sur les cartels¹ mais aussi dans celui de nombreux autres secteurs, comme celui des télécommunications, où le législateur suisse – précédant pour une fois son homologue communautaire – a fait notamment appel à la notion typique de «position dominante»²; de la santé, où la concurrence est régulièrement présentée dans le débat politique comme un moyen de réduire des coûts qui augmentent sans cesse³; ou encore de la diversité des opinions, avec le projet de révision totale de la loi sur la radio et la télévision⁴. Tout récemment, en sport, la loi sur les cartels a été invoquée avec succès pour obtenir la réintégration rapide, par voie de mesures provisionnelles, du FC Sion dans le championnat de la *Swiss Football League*⁵. Ce n'est qu'une illustration parmi tant d'autres de la culture de la concurrence qui s'installe – lentement, il est vrai – dans notre pays, sans distinction quant aux branches économiques. Ce droit ne connaît pas non plus de frontières géographiques, le droit étranger étant parfois «importé» par le biais, notamment, de traités internationaux, tels que l'Accord bilatéral sur les transports aériens⁶.

Le droit européen n'est bien entendu pas en reste⁷: la réglementation et la pratique n'ont probablement jamais été aussi actives, voire controversées. C'est ainsi qu'après une révision

profonde des règles sur les accords de distribution, la Commission CE a entamé avec les autres organes de la Communauté européenne une modernisation des autres règles de concurrence pour mieux y intégrer la pensée économique. Ce processus est bien avancé et devrait déboucher en 2004 sur un nouveau cadre réglementaire, qui devrait impliquer une participation plus significative des autorités nationales à l'application du droit communautaire de la concurrence. De même, la révision du règlement sur le contrôle des concentrations d'entreprises est probablement en passe de s'achever, moyennant quelques compromis politiques. La pénétration de concepts tirés du droit de la concurrence dans la réglementation sectorielle est évidente, étant rappelé d'une manière générale que le premier est aussi un instrument essentiel à l'établissement d'un véritable marché communautaire unique. L'élargissement de l'Union européenne devrait encore intensifier ce phénomène.

Il n'est pas possible de traiter de l'ensemble de ces questions dans cette contribution qui, de toute manière, est une présentation générale centrée sur le rôle de l'avocat dans des développements récents du droit de la concurrence. Le nouveau régime applicable aux restrictions verticales constitue une des actualités principales et, en fait, occupe déjà depuis plusieurs mois les praticiens engagés dans des procédures de *due diligence* ou de *compliance* (II). Cette modification devrait entrer en force en même temps qu'une autre (r)évolution: l'introduction de sanctions directes dans la loi sur les cartels (III).

II. Restrictions verticales

Comme toutes les autres réglementations régissant cette matière, la loi sur les cartels se fonde sur une conception économique des accords: cette dernière notion s'éloigne dans une large mesure du droit des obligations puisque, d'une part, en intégrant notamment dans le champ d'application de la loi les statuts, règlements, décisions et, lorsqu'elles sont suivies par les membres, les recommandations d'associations, elle ne comprend pas que les contrats de la partie spéciale. D'autre part, elle se distingue de la partie générale en élargissant encore, par le concept de pratique concertée, l'étendue des phénomènes cartellaires visés par la réglementation⁸. On est ainsi souvent loin des mécanismes d'offre et d'acceptation bien connus des praticiens du droit privé.

* Professeur à l'Université de Genève, président de la commission spécialisée de la Fédération suisse des avocats (FSA) «droit de la concurrence». Les opinions exprimées dans cette contribution n'engagent que son auteur. En raison du format des articles paraissant dans cette rubrique, l'appareil critique a été réduit au minimum.

1 Loi fédérale sur les cartels et autres restrictions à la concurrence (RS 251; LCart).

2 En particulier, art. 11 al. 3 de la loi fédérale sur les télécommunications (RS 784.10; LTC).

3 Voir p. ex. les contributions au numéro spécial de *Médecine & Hygiène* d'octobre 2003.

4 Art. 82ss du projet de révision totale de la loi fédérale sur la radio et la télévision (LRTV), du 18 décembre 2002, disponible notamment, avec d'autres documents, à l'adresse Internet www.ofcom.ch/fr/aktuell/revision_rtv/index.html.

5 *Jusletter* du 27 octobre 2003, «Carton jaune pour la Swiss Football League – Gelbe Karte für die Swiss Football League» (jugement [C2 03 50] du Tribunal cantonal du Valais du 20. octobre 2003), www.weblaw.ch/jusletter/jusletter.asp.

6 En particulier, art. 8ss dudit accord, disponible notamment, avec d'autres documents, à l'adresse Internet www.europa.admin.ch/ba/off/abkommen/index.htm.

7 Voir les informations mises à jour régulièrement à l'adresse Internet www.europa.eu.int/comm/competition/index_fr.html.

8 Art. 4 al. 1 LCart.

Une récente décision du Tribunal de première instance CE illustre parfaitement les difficultés que les parties, mais aussi les autorités de la concurrence, rencontrent face à cette notion d'accord. Cette juridiction a en effet cassé au début décembre 2003 une décision de la Commission CE qui infligeait à *Volkswagen* une amende de 30,96 millions d'euros pour, en particulier, avoir prétendument imposé un prix de vente à ses concessionnaires allemands par l'interdiction de remises sur son modèle «Pas-sat»⁹. En substance, le Tribunal a considéré que la Commission n'avait pas apporté la preuve d'un acquiescement effectif des concessionnaires à la demande du constructeur automobile. L'acquiescement aux suggestions du producteur ne pouvait simplement découler d'un consentement général donné au moment de l'adhésion au réseau¹⁰.

Selon une jurisprudence constante, pour qu'il y ait accord, au sens de l'article 81, paragraphe 1, CE, il suffit que les entreprises en cause aient exprimé leur volonté commune de se comporter sur le marché d'une manière déterminée [...]. En ce qui concerne la forme d'expression de ladite volonté commune, il suffit qu'une stipulation soit l'expression de la volonté des parties de se comporter sur le marché conformément à ses termes [...]. Il s'ensuit que la notion d'accord, au sens de l'article 81, paragraphe 1, CE, telle qu'elle a été interprétée par la jurisprudence, est axée sur l'existence d'une concordance de volontés entre deux parties au moins, dont la forme de manifestation n'est pas importante pour autant qu'elle constitue l'expression fidèle de celles-ci [...]. Il ressort également de la jurisprudence que, lorsqu'une décision du fabricant constitue un comportement unilatéral de l'entreprise, cette décision échappe à l'interdiction de l'article 81, paragraphe 1, CE [...]. Dans certaines circonstances, des mesures adoptées ou imposées de manière apparemment unilatérale par le fabricant dans le cadre des relations commerciales continues qu'il entretient avec ses distributeurs ont été considérées comme constitutives d'un accord, au sens de l'article 81, paragraphe 1, CE [...]. Il ressort de cette jurisprudence qu'il convient de distinguer les hypothèses où une entreprise a adopté une mesure véritablement unilatérale, et donc sans la participation expresse ou tacite d'une autre entreprise, de celles où le caractère unilatéral est uniquement apparent. Si les premières ne relèvent pas de l'article 81, paragraphe 1, CE, les secondes doivent être considérées comme révélant un accord entre entreprises et peuvent rentrer, dès lors, dans le champ d'application de cet article. Tel est le cas, notamment, des pratiques et mesures restrictives de la concurrence qui, adoptées apparemment de façon unilatérale par le fabricant dans le cadre de ses relations contractuelles avec ses revendeurs, reçoivent toutefois l'acquiescement, au moins tacite, de ces derniers.

L'affaire n'est certainement pas terminée dans la mesure où, à l'heure qu'il est, on ignore si la Commission CE recourra contre cette décision et le haut standard de preuve qu'elle exige en matière d'accord. Mais surtout, la Cour de Justice CE devrait prochainement se prononcer sur une affaire relativement proche: *Bayer/Adalat*¹¹.

Ces développements en droit communautaire prennent toute leur signification au regard des nouvelles règles de la loi sur les cartels sur les *importations parallèles*¹². Il suffit d'indiquer ici que le Parlement fédéral a:

- *modifié l'art. 3 al. 2 LCart*, en prévoyant que si la loi sur les cartels n'est en principe pas applicable aux effets sur la concurrence qui découlent exclusivement de la législation sur la propriété intellectuelle, «en revanche, les restrictions aux importations fondées sur des droits de propriété intellectuelle sont soumises à [ladite] loi»; et
- *adopté un nouvel art. 5 al. 4 LCart*, selon lequel «sont également présumés entraîner la suppression d'une concurrence efficace les accords passés entre des entreprises occupant différents échelons du marché, qui imposent un prix de vente minimum ou un prix de vente fixe, ainsi que les contrats de distribution attribuant des territoires, lorsque les ventes par d'autres fournisseurs agréés sont exclues».

Dans le cadre limité de cette contribution, on indiquera que ces nouvelles dispositions sont d'abord une réaction du législateur à l'ATF *Kodak*¹³ et qu'elles ont été acceptées sans qu'il y ait eu de véritables travaux préparatoires, le Conseil fédéral ayant, dans un premier temps du moins, considéré qu'il n'y avait pas lieu de modifier le régime légal pour empêcher des restrictions aux importations parallèles fondées sur la loi sur les cartels. L'art. 5 al. 4 LCart vient ajouter une seconde présomption légale en matière d'accords: les clauses verticales qui y sont énoncées limitativement sont illicites au même titre et selon les mêmes mécanismes que celles visées à l'art. 5 al. 3 LCart pour certaines restrictions horizontales. Il faut en outre prendre en compte une autre série de présomptions introduites par la Commission de la concurrence selon sa Communication concernant l'appréciation des accords verticaux, du 18 février 2002¹⁴; bien que se référant à une application analogique de l'art. 6 LCart, ces présomptions – qui portent sur la *notabilité*, non sur l'illicéité comme les art. 5 al. 3 et 4 LCart – sont extra legem. Il n'est pas nécessaire de s'attarder sur cette communication, qui a donné lieu à de nombreux commentaires critiques.

Par contre, il y a lieu de mentionner quelques questions soulevées par la *coexistence* de la communication et des nouvelles règles sur les importations parallèles dans la mesure où, comme cela a été indiqué à plusieurs reprises, le premier texte devrait subsister après l'entrée en vigueur du second. Par exemple:

11 Voir à ce propos les références dans l'Arrêt *Volkswagen* cité *supra*.

12 Cf. la version comparée des règles actuelles et de la novelle du 20 juin 2003 à l'adresse Internet www.wettbewerbskommission.ch/site/ffrevisionkgf.html.

13 ATF 126 III 129.

14 Disponible à l'adresse Internet www.wettbewerbskommission.ch/site/ffgesetz/communications.html.

9 Arrêt du TPICE dans l'affaire T-208/01, *Volkswagen AG c. Commission CE*, du 3 décembre 2003, disponible en l'état à l'adresse Internet www.curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/gettext.pl?lang=fr&num=79968796T19010208&doc=T&ouvert=T&seance=ARRET&where=.

10 *Idem*, § 30ss (nombreuses références omises).

- Les présomptions ont certes des objets différents. Il devrait néanmoins y avoir une certaine cohérence dans la description des comportements faisant naître la conséquence juridique qui leur a été attachée. Pourtant, alors que le chiffre 3 lit. a de la communication se réfère aux accords qui «déterminent directement ou indirectement des prix de revente imposés, ou des prix minimums à la revente», l'art. 5 al. 4 LCart ne qualifie aucunement la manière dont les prix sont fixés. Cela est d'autant plus étonnant que l'art. 5 al. 3 LCart mentionne lui aussi explicitement la fixation de prix «directement ou indirectement». A mon avis, il faut opter pour une interprétation cohérente de l'ensemble de ces normes. On regrettera cependant que le législateur ait voulu, dans ce contexte d'insécurité juridique, introduire l'art. 5 al. 4 LCart dans les états de fait pouvant entraîner des sanctions importantes pour les entreprises (voir *infra*).
- De même, si la distribution exclusive est un des cas où la notabilité est présumée selon la communication, elle est en principe considérée par le même texte comme justifiée par des motifs d'efficacité économique lorsque des ventes passives sont permises. Or à nouveau, contrairement à la communication, l'art. 5 al. 4 LCart ne contient aucune qualification quant aux types de ventes qui devraient être interdites par le contrat de distribution pour faire naître la présomption légale. Dans une interprétation cohérente avec le système de la communication, il faudrait admettre que seuls les cas d'interdiction de vente passive tombent sous le coup de l'art. 5 al. 4 LCart. Le droit communautaire, qui vise cependant aussi des objectifs d'intégration, prévoit un régime différencié dans les Lignes directrices sur les restrictions verticales adoptées par la Commission CE: «la distribution exclusive bénéficie de l'exemption par catégorie pour autant que la part de marché du fournisseur n'excède pas 30 % [...]. La combinaison de la distribution exclusive avec la distribution sélective ne bénéficie [cependant] de l'exemption par catégorie que si les ventes actives vers d'autres territoires ne sont pas limitées.»¹⁵

La portée exacte de la seconde phrase de l'art. 3 al. 2 LCart n'est pas évidente, l'histoire législative limitée, voire contradictoire, de cette règle créant parfois une certaine confusion. Dans l'attente d'une modification de la loi sur les brevets d'invention, telle qu'envisagée initialement par le Conseil fédéral, l'autorité de la concurrence devrait faire preuve d'une certaine réserve et ne considérer l'application de cette nouvelle règle qu'en relation avec les hypothèses de l'art. 5 al. 4 LCart.

Une autre règle nouvelle pourrait alimenter la pratique des avocats: l'art. 6 al. 1 lit. e LCart. Celui-ci donne la compétence au Conseil fédéral et à la Commission de la concurrence de fixer par voie d'ordonnance ou de communication les conditions auxquelles «les accords ayant pour but d'améliorer la compétitivité des petites et moyennes entreprises» sont réputés justifiés par des motifs d'efficacité économique. S'il n'est pas contesté qu'il

s'agit là essentiellement d'une norme de compétence, on devrait aussi pouvoir lui attribuer une certaine portée de droit matériel en dehors de toute ordonnance ou communication.

III. Sanctions

Il n'est pas contesté que le droit de la concurrence doit être renforcé par des sanctions directes pour atteindre les standards internationaux dans ce domaine. Toutefois, cette étape n'a un sens que si elle est accompagnée d'une augmentation de la sécurité juridique dans l'application et l'interprétation du droit matériel. Dans ce sens, il est à espérer que la saga *Meria*¹⁶ – commencée en 1997 et terminée seulement en 2001 – ne préfigure pas les difficultés que pourraient rencontrer les nouvelles règles. L'analogie avec ce cas n'est pas hors contexte, puisqu'à ce jour, seule l'absence de notification d'une concentration donne lieu à une sanction directe¹⁷. Dans les autres situations, il faut en l'état attendre la violation d'une décision ou d'un accord amiable pour que la Commission de la concurrence puisse infliger une amende aux entreprises concernées¹⁸.

La novelle du 20 juin 2003 vient mettre un terme à cela en permettant à l'autorité de la concurrence, probablement dès le 1^{er} avril 2004, de sanctionner immédiatement, par une amende pouvant aller jusqu'à 10 % du chiffre d'affaires réalisé en Suisse au cours des trois derniers exercices, «l'entreprise qui participe à un accord illicite aux termes de l'art. 5 al. 3 et 4, ou qui se livre à des pratiques illicites aux termes de l'art. 7 [abus de position dominante]». La loi intègre en outre un mécanisme, bien connu en droit communautaire et des Etats-Unis, d'immunité ou de clémence pour les entreprises qui coopèrent à la mise à jour et à la suppression de la restriction de la concurrence. Le Conseil fédéral a ainsi mis en consultation jusqu'au 15 décembre 2003 un projet d'ordonnance sur les sanctions en cas de restrictions illicites à la concurrence¹⁹. Ce texte traite des critères de calcul du montant des sanctions, des conditions et de la procédure lors de la renonciation totale ou partielle à prononcer une sanction, et des conditions et de la procédure d'annonce de l'existence d'une restriction illicite de la concurrence. La Fédération suisse des avocats a participé activement à cette consultation. Sans être aucunement exhaustif, il est utile de faire ici quatre brèves remarques pour illustrer les difficultés que l'on pourrait rencontrer dans l'application de ces nouvelles normes:

- Le projet ne contient aucune référence explicite à la notion de *faute* dans la fixation du montant de l'amende²⁰. Il s'agit d'un problème qui a été régulièrement évoqué devant la Commission de la concurrence et les juridictions de recours.

16 ATF 127 III 219.

17 Art. 51 LCart.

18 Art. 50 LCart.

19 Disponible à l'adresse Internet www.evd.admin.ch/evd/dossiers/kartell_gesetz/index.html?lang=fr.

20 L'art. 2 du projet se réfère cependant à la «gravité de l'infraction». Il reste à espérer que les autorités se serviront de ce type de «repères» pour avoir une pratique respectant les droits fondamentaux, qu'ont même les entreprises.

15 JOCE 2000 C 291, p. 1, § 161.

On regrettera donc que cet élément soit passé sous silence dans ce texte, alors qu'il est pris en compte dans la pratique des autorités européennes. En outre, le fait d'ignorer cet aspect fondamental soulève de sérieuses questions quant à la conformité de cette méthode avec la CEDH.

- En droit de la concurrence, l'*entreprise* est essentiellement une notion économique qui dépasse le concept d'entité juridique autonome. Dans ce sens, l'art. 5 de l'ordonnance sur le contrôle des concentrations d'entreprises²¹ intègre un grand nombre de sociétés mères, filiales ou affiliées dans le calcul du chiffre d'affaires des entreprises participantes. Si l'on suit le Message du Conseil fédéral qui rappelle l'application analogique *actuelle* des principes de l'OCCE au domaine des sanctions²², il paraît que le renvoi du nouvel art. 49a al. 1 LCart à l'art. 9 al. 3 LCart – qui traite uniquement des concentrations dans les secteurs des banques et assurances – devrait être étendu à l'ensemble des cas de figure, sans égard à la branche économique. En d'autres termes, le chiffre d'affaires ne sera pas seulement celui de l'entité juridique qui participe effectivement à l'accord ou qui abuse de sa position dominante, mais aussi celui des autres sociétés visées à l'art. 5 OCCE. Cette discussion pourrait cependant être largement théorique si le Conseil fédéral maintient la limitation aux «marchés pertinents» pour calculer le montant de base selon l'art. 2 du projet – une différence sensible par rapport aux chiffres d'affaires pris en compte pour calculer les valeurs seuils servant à déterminer s'il y a lieu ou non de notifier une concentration.
- Le commentaire du projet d'ordonnance indique que «pour sanctionner, il n'est pas déterminant que la présomption de l'art. 5, al. 3 et 4, LCart de suppression d'une concurrence efficace se confirme ou qu'elle soit renversée dans le sens où l'accord affecte «simplement» de manière notable la concurrence selon l'art. 5, al. 1 LCart sans être justifié par des motifs d'efficacité. Seul le type d'accord est décisif, par ex. l'existence d'un accord sur les prix. Mais dans la mesure où il s'agit du calcul du montant de la sanction, il y a lieu d'appré-

cier différemment un «cartel de prix» qui réunit tous les participants du marché et qui supprime la concurrence d'un accord affectant de manière notable et non justifiée la concurrence (par ex. entre quelques PME).» On doit sérieusement se demander si cette affirmation est conforme au système et à l'esprit de la loi, qui permet notamment aux parties à un accord de renverser la *présomption de suppression de la concurrence* des art. 5 al. 3 et 4 LCart et de voir la licéité de l'éventuelle restriction à la concurrence appréciée sous l'angle de l'art. 5 al. 2 LCart. On sort ainsi du cadre fixé expressément par l'art. 49a LCart, qui ne porte pas sur le deuxième alinéa de l'art. 5 LCart. Or, le principe de la légalité est central dans le domaine des sanctions.

- Enfin, même si les termes de l'art. 49a LCart – «L'entreprise [...] est tenue au paiement . . .» – et du projet d'ordonnance – «Elle renonce à la sanction uniquement si . . .»²³ et «Il n'est renoncé à la sanction [...] que si . . .»²⁴ – semblent laisser très peu de souplesse à la Commission de la concurrence, il faut à notre avis admettre que l'autorité peut renoncer entièrement à sanctionner un comportement aussi en dehors des cas prévus par la loi ou l'ordonnance.

IV. Conclusion

Ce très rapide tour d'horizon de ces quelques règles devrait démontrer qu'il y a de plus en plus de place pour la pratique du droit de la concurrence en Suisse. Les nouvelles dimensions prises par ce domaine nécessitent encore davantage l'intervention d'avocats, dans les procédures administratives comme dans celles menées devant le juge civil. Dans ce sens, il n'est pas inutile de rappeler que l'arrêt *Kodak* a pour origine une procédure civile: en quelque sorte, c'est d'une «simple» objection dans un procès entre entreprises qu'est né un véritable débat politique, économique et juridique sur les restrictions verticales en Suisse. On ne peut que s'en féliciter, en se rappelant que ce n'est ni un problème nouveau ni surtout une question résolue.

21 RS 251.4 (OCCE).

22 FF 2 002 1911, 1925.

23 Art. 7 al. 2 du projet.

24 Art. 7 al. 3 du projet.

Sarah Montani*

L'architecture du savoir juridique

Mots clés : savoir, architecture du savoir, technologie, étude, management, ressource

La société du savoir

Quatre-vingts pour cent de tous les hommes de science qui ont existé vivent de nos jours. Les chercheurs de l'avenir et des tendances affirment que le «savoir mondial» double tous les cinq ans. Peter Drucker défend la thèse selon laquelle nous vivons dans une société postindustrielle du savoir¹. Notre société, qui était celle des biens, est donc devenue la société de l'information et du savoir. Si nous en croyons les pronostics, la prochaine société sera la société quantique²! Mais revenons tout d'abord à la société actuelle du savoir.

La thèse de la société du savoir repose entre autres sur les modifications de l'économie et de la société que l'on constate en particulier en relation avec l'amélioration des technologies de la communication et de l'information. Dans les produits standard de la vie de tous les jours, il se cache plus de savoir que jamais (ordinateurs, produits pharmaceutiques, etc.). Le microcircuit est probablement le produit de notre temps. La totalité du savoir technologique d'une branche sur les plans de la technologie et de la procédure est concentrée sur un demi-centimètre carré³. Selon Willke⁴, l'âge du savoir se manifeste avant tout à trois niveaux:

- dans la société du savoir en général,
- dans des organisations intelligentes et leurs prestations de services et
- dans l'activité professionnelle de cette société.

La thèse est fondée en outre sur la perte de signification des anciens facteurs de production, le sol, le travail et le capital. Jusqu'au 19^e siècle, plus de 50 % de la population active professionnellement l'était dans l'agriculture. Aujourd'hui, seuls quelques pour cent travaillent encore dans ce secteur⁵. Les affirmations qui suivent soulignent aussi la thèse d'une société du savoir:

- 80 % de toutes les connaissances scientifiques acquises jusqu'ici et 90 % de toutes les informations scientifiques de ce monde ont été produits au 20^e siècle, dont deux tiers après la Deuxième guerre mondiale.
- Durant les 500 premières années qui ont suivi Gutenberg – de 1450 à 1950 – environ 30 millions de livres ont été publiés; le même nombre a paru au cours des 20 années qui ont suivi⁶.

* Lic. iur. Sarah Montani est fondatrice et co-propriétaire de Weblaw Sàrl, Berne, et co-éditrice de la revue juridique spécialisée en ligne Jusletter. Traduit de l'allemand par Jacques Pasche, licencié en droit, licencié ès sciences commerciales et actuarielles, Bienne.

1 P. Drucker, *Die postkapitalistische Gesellschaft*, Düsseldorf 1993, p. 1 ss.

2 R. Tissen, D. Andriessen, F. L. Deprez, *Die Wissensdividende*, München 2000, p. 71 ss.

3 D. von der Oelsnitz, *Wissensmanagement, Strategie und Lernen in wissensbasierten Unternehmen*, Stuttgart 2003, p. 1 ss.

4 H. Willke, *Systemisches Wissensmanagement*, 2. Auflage, Stuttgart 2001, p. 1 ss.

5 T. Stewart, *Der vierte Produktionsfaktor. Wachstum und Wettbewerbsvorteile durch Wissensmanagement*, München 1998, p. 26.

6 D. von der Oelsnitz, (cf. note 3), p. 17 ss.

- Dans le domaine du droit, il y a actuellement 117 publications juridiques spécialisées en Suisse! L'augmentation hebdomadaire des données dans la banque de données «Arrêts dès 2000» du Tribunal fédéral est énorme: le nombre des «Principaux arrêts dès 1954» est actuellement de 15 000, celui des arrêts de la banque de données «Arrêts dès 2000» également. Le calcul est simple: la quantité des données qui ont pu être accumulées au cours de 49 années a été égale en 4 ans à peine. Chaque semaine, c'est la bagatelle d'environ 80 nouveaux jugements qui est mise en mémoire.
- Les juristes doivent prendre connaissance d'environ 100 pages par jour pour passer en revue une partie (importante)⁷ des informations juridiques actuelles en Suisse dans les domaines de la législation, de la jurisprudence et de la doctrine⁸.

La société du savoir semble donc être la continuation naturelle de la société de l'information.

Le savoir est une ressource unique

Nombreux sont ceux qui considèrent le savoir comme étant un bien tangible que l'on peut acquérir, aliéner et mesurer. Une telle réflexion soulève plusieurs problèmes. La définition du savoir comme étant quelque chose de concret conduit à une distinction problématique entre le savoir en tant que produit matériel et l'usage pratique de ce produit. Le développement de la propriété intellectuelle et la formation du capital savoir viennent au premier plan, en supposant que le savoir acquis est aussi utilisé de manière judicieuse et efficace. Cette hypothèse n'est souvent pas vérifiée⁹.

Le savoir se distingue à plusieurs points de vue des facteurs de production sol, capital et travail.

- Le savoir est invisible. Un premier coup d'oeil sur un CD-Rom ne permet pas d'examiner s'il contient une expertise de haut niveau ou de la camelote numérique.
- Le savoir est le seul facteur de production qui s'accroît par division. Deux personnes qui échangent des informations disposent en fin de compte non pas de la moitié, mais, dans le cas idéal, du double d'informations.
- Le savoir s'érode avec le temps et il a besoin d'une actualisation permanente pour conserver sa valeur.

7 Ont été pris en compte le RO, les Arrêts du Tribunal fédéral ainsi que les 117 périodiques juridiques évoqués (sans Feuille fédérale, Bulletin officiel, Curia Vista JAAC, lois cantonales et banques de données de jurisprudence, littérature sans livres).

8 F. Kummer, Exposé «Suchtechnologien», Congrès suisse des avocats 2003, Lucerne et exposé «Présentation et évaluation critique de l'offre existante en matière de données juridiques électroniques de la Confédération et des cantons», Journées d'informatique juridique 2003. Une ventilation détaillée des chiffres sera publiée prochainement dans la publication des Journées d'informatique juridique.

9 J. Pfeffer, R. I. Sutton, *The Knowing-Doing Gap. How Smart Companies Turn Knowledge into Action*, Harvard Business School Press, 2000, p. 1 ss.

- Le savoir est une matière première infinie (même si Curt Goetz a affirmé que la bêtise humaine était la seule ressource au monde disponible en quantité illimitée)¹⁰.

L'étude d'avocats à l'âge du savoir

Les avocates et les avocats sont des travailleurs du savoir. Les informations, l'expérience et le savoir ont toujours déterminé le succès ou l'échec d'une étude d'avocats. Ce qui est décisif dans ce contexte c'est de parvenir à reconnaître les informations qui sont véritablement importantes et à les rendre profitables pour le travail juridique scientifique et l'étude d'avocats. La tâche de travailleurs scientifiques juridiques consiste à perfectionner les données et les informations pour en faire un savoir à valeur ajoutée. Les informations sont ainsi à la fois matière première, outil et résultat. Mais la gestion stratégique de l'information et du savoir n'est pas (ou pas uniquement) une question de technologies coûteuses.

Le mythe de la technologie

Les études d'avocats investissent dans le management du savoir. C'est incontestable. Si on les interroge au sujet de leurs projets de management du savoir, ce sont en premier lieu des mesures d'ordre technique qu'elles mentionnent:

Aménagement d'intranet et de banques de données, VPN et beaucoup d'autres. Les études d'avocats ont commencé ces dernières années à gérer leurs informations peu structurées (documents de texte, présentations, etc.) à l'aide de systèmes de gestion des documents. Ceux-ci stockent en général des types (hétérogènes) de fichiers sur un serveur central. Font exception les méta-informations, les droits d'accès et d'autres informations relatives aux divers objets qui sont organisés dans des banques de données.

La gestion du savoir n'est pas un pur thème de technologie, même si les discussions techniques dominent. Les technologies de l'information et les infrastructures techniques ne sont toujours qu'un moyen auxiliaire de soutien des procédures d'apprentissage et de développement du savoir dans les études d'avocats et ne doivent jamais devenir une fin en soi. Des sujets comme les mesures de développement dans les domaines du personnel et de l'organisation sont malheureusement trop rarement au centre des réflexions en matière de gestion du savoir¹¹. Le point de départ d'un management du personnel orienté vers le savoir, d'une structure et d'une culture d'entreprise orientées vers le savoir doit dès lors être intégré dans les projets de technologie et de management du savoir.

L'étude d'avocats en tant que communauté de savoir

L'avocat et l'étude d'avocats sont au centre des stratégies de management du savoir.

«Le savoir désigne l'ensemble des connaissances et des capacités que les individus mettent en oeuvre pour résoudre des problèmes. Cela englobe aussi bien les connaissances théoriques que des règles pratiques de tous les jours et des instructions d'action. Le savoir repose sur des données et des informations mais, contrairement à celles-ci, il est toujours lié à des personnes. Il est construit par les individus et représente leurs attentes envers les rapports de cause à effet dans un contexte déterminé [Traduction]»¹².

La transparence et une compréhension commune des objectifs et des valeurs dans une étude d'avocats sont les conditions premières à ce propos. Ce qui est aussi important, c'est un environnement du travail qui encourage la prestation, l'innovation et la créativité. Les contextes sont complexes. Un contexte idéal du savoir comprendrait des travailleurs juridiques du savoir disposés de manière positive qui, en toutes circonstances, agissent consciencieusement, sont efficaces, ouverts aux processus de groupes et prévoyants, qui prennent l'initiative de la réflexion et sont raisonnables. La réalité montre une image de savoir jalou-sé, de luttes pour le pouvoir, d'amitiés, de concurrence, de peur de l'incompétence et d'autres peurs qui influent sur les rapports avec le savoir. Les conditions-cadre dans lesquelles une étude d'avocats travaille sont déterminantes pour la qualité des résultats du travail. L'environnement influence la culture du savoir, c'est-à-dire la manière dont l'étude d'avocats s'en prend collectivement à son savoir. C'est pourquoi le management du savoir est également un management des changements. Il faut aussi en tenir compte dans les projets de gestion du savoir¹³.

Création de valeur par le management du savoir

Dans une étude d'avocats, tout nouveau savoir doit satisfaire à une condition très simple: contribuer à la création de valeur. Ce n'est qu'à cette condition que des avantages stratégiques sont dégagés. Outre des structures technologiques judicieuses, l'instauration de nouvelles fonctions du savoir (architecte du savoir juridique, Chief Knowledge Officer, etc.) devrait venir au premier plan, si cela n'a pas encore été le cas. Un management des changements et une relation consciente avec la ressource du savoir peuvent en plus être réalisés par la formation continue¹⁴. L'instauration de nouvelles fonctions du savoir et la formation continue en tant que telles ne sont toutefois pas non plus des solutions absolues aux problèmes existants de gestion du savoir, mais peuvent contribuer de manière décisive à une vraie réflexion sur la base personnelle et organisationnelle du savoir et aider à la transposition permanente du savoir acquis.

¹⁰ D. von der Oelsnitz, (cf. note 3).

¹¹ K. Romhardt, Wissensgemeinschaften, Orte lebendiges Wissensmanagements, Dynamik, Entwicklung, Gestaltungsmöglichkeiten, Zürich 2003, p. 29.

¹² S. Romhardt, (cf. note 12), p. 26.

¹³ S. Romhardt, (cf. note 12), p. 27.

¹⁴ Par ex., diplôme post-grade «Juristische Wissensarchitektur», coopération Institute of Sustainable Management, Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz et Weblaw Sàrl, Bern, www.weblaw.ch/schulung/wissensarchitektur.asp.

Simon Hirsbrunner*

Neue Entwicklungen im EG-Recht

Schlagworte: EG-Kartellrecht, Standesregeln, Zulassung von Ausländern zum Anwaltspraktikum

Vereinbarkeit von Standesregeln mit EG-Kartellrecht

In den letzten Monaten waren im EG-Recht mehrere Entwicklungen zu beobachten, die auch aus Sicht der schweizerischen Anwälte und Anwältinnen von Interesse sein dürften. Im Mittelpunkt stand die Studie des Instituts für Höhere Studien in Wien über «economic impact of regulation in the field of liberal professions in different member states». Dieses seither als «IHS» oder «Wiener Studie» bekannt gewordene Dokument ist im Auftrag der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission erstellt und im Januar 2003 veröffentlicht worden. Es befasst sich mit der *Regulierung von ausgewählten freien Berufen*, darunter auch dem Beruf der «Rechtsberater», und den Auswirkungen der bestehenden Regulierung auf die Volkswirtschaft. Auf der Grundlage dieser Studie hat die Generaldirektion Wettbewerb anschliessend eine Konsultation der interessierten Kreise durchgeführt, die am 28. Oktober in eine Abschlusskonferenz zum Thema der Regulierung der freien Berufe gemündet ist. Herr Mario Monti, der innerhalb der Europäischen Kommission für die Wettbewerbspolitik zuständig ist, hat in dieser Konferenz angekündigt, dass die Kommission nunmehr sämtliche nationalen Berufsregeln für die freien Berufe auf ihre Vereinbarkeit mit dem europäischen Wettbewerbsrecht überprüfen werde. Diese Untersuchung werde sich insbesondere auf die Gebührenordnungen und Werbeverbote sowie das Verbot multidisziplinärer Partnerschaften konzentrieren, die Herr Monti offenbar kritisch beurteilt.

Gerade zu den *multidisziplinären Partnerschaften* scheint die Europäische Kommission im Übrigen einen Präzedenzfall schaffen zu wollen. Sie beschäftigt sich gegenwärtig mit einer Regelung des *Orde van Vlaamse Balies*, also der flämischen Anwaltskammer, die es den flämischen Rechtsanwälten allgemein verbietet, zum Zwecke der beruflichen Zusammenarbeit in eine Gemeinschaft mit Nicht-Juristen einzutreten oder eine Gruppierung mit Nicht-Juristen zu bilden.¹

Dass die Europäische Kommission die Standesregeln der freien Berufe genauer unter die Lupe nehmen will, wird durch ein anderes Verfahren bestätigt, das die *Honorarordnung der Belgischen Architektenkammer* betrifft.² In diesem Verfahren vertritt die Kommission die vorläufige Auffassung, dass die Honorarordnung gegen EG-Kartellrecht verstösst, im Wesentlichen weil sie Mindesthonorarsätze vorsieht. Die Kommission hat deshalb der belgischen Architektenkammer eine sogenannte Mitteilung der Beschwerdepunkte zugestellt, um ihr Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Anerkennung von Diplomen

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften hat in seinem Urteil «Morgenbesser» zu den Voraussetzungen der Zulassung zu der Ausbildung zum Rechtsanwaltsberuf Stellung genommen.³ Das Urteil betraf den Fall von Frau Morgenbesser, einer französischen Staatsangehörigen, die zwar die französische *Maîtrise en droit* bestanden hatte, jedoch über keine Anwaltszulassung verfügte. Frau Morgenbesser nahm eine Tätigkeit in einem Anwaltsbüro in Genua auf und beantragte anschließend die Eintragung in das Register der «praticanti». Dieser Antrag wurde jedoch vom Vorstand der Rechtsanwaltskammer von Genua abgewiesen mit der Begründung, dass Frau Morgenbesser über kein Diplom einer italienischen Universität verfüge. Nachdem Frau Morgenbesser den Rechtsweg beschritten hatte, gelangte die Sache nach dem Durchlauf diverser Instanzen schlussendlich zu der italienischen *Corte suprema di cassazione* als letzter Instanz. Diese befragte den Europäischen Gerichtshof auf dem Wege der Vorabentscheidung zu den Voraussetzungen einer Diplomanerkennung nach EG-Recht.

In seinem Urteil war der Gerichtshof der Auffassung, dass sich Frau Morgenbesser weder auf die Richtlinie 89/48 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome noch auf die Richtlinie 98/5 zur Erleichterung der ständigen Ausübung des Rechtsanwaltsberufs berufen könne. Hingegen hielt es der Gerichtshof für möglich, dass übergeordnete Bestimmungen des EG-Vertrages einschlägig sein könnten, namentlich Art. 39 EG über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer für den Fall, dass Frau Morgenbesser Angestellte war, oder Art. 43 EG über die Niederlassungsfreiheit für den Fall, dass sie Selbstständigerwerbstätige war. Aus diesen Bestimmungen ergibt sich laut dem Gerichtshof, dass ein Antrag auf Zulassung zum Anwaltspraktikum nicht einfach mit der Begründung abgewiesen werden kann, dass das Diplom des Antragstellers von einer ausländischen Universität ausgestellt worden ist. Vielmehr muss die Zulassungsbehörde nach den Worten des Gerichtshofs eine «Gesamtbeurteilung» vornehmen, in deren Rahmen alle akademischen und beruflichen Fähigkeiten des Antragstellers umfassend berücksichtigt werden müssen. Wenn die Zulassungsbehörde im Rahmen dieser Gesamtbeurteilung zum Ergebnis kommt, dass die Kenntnisse und Fähigkeiten, die durch das ausländische Diplom bescheinigt werden, den Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechen, die von den nationalen Rechtsvorschriften vorausgesetzt werden, so hat die Zulassungsbehörde den Antragsteller zum Praktikum zuzulassen. Wenn sich hingegen die vorausgesetzten Kenntnisse und Fähigkeiten nur teilweise entsprechen, kann die Zulassungsbehörde vom Antragsteller verlangen, dass er nachweist, dass er die fehlenden Kenntnisse und Fähigkeiten in der Zwischenzeit erlangt hat. Im Falle von Frau Morgenbesser bedeutet das offenbar, dass der Vorstand der genuesischen Anwaltskammer auch hätte berücksichtigen müssen, dass sich Frau Morgenbesser durch ihre Tätigkeit in einer Kanzlei in Genua bereits gewisse praktische Kenntnisse angeeignet hatte.

* Simon Hirsbrunner ist im Büro Brüssel der Rechtsanwaltssozietät GLEISS LUTZ tätig. Er ist Fürsprecher und ausserdem beim Landgericht Stuttgart zur Ausübung des Rechtsanwaltsberufs zugelassen.

1 Amtsblatt der Europäischen Union 2003 Nr. C 207/22.

2 Pressemitteilung der Europäischen Kommission IP/03/1500 vom 5. November 2003.

3 EuGH, Urteil vom 13. November 2003 in der Rechtssache C-313/01, Christine Morgenbesser/Consiglio dell'Ordine degli avvocati di Genova.

■ Verfassungsrecht / Droit constitutionnel (I)

Art. 84 Abs. 1 lit. a und Abs. 2 OG i. V. m. Art. 269 Abs. 2 BStP, Art. 29 Abs. 2 BV; Strafverfahren, Akteneinsicht, Rechtliches Gehör

Das Gutachten des Instituts für Rechtsmedizin ist ein reines Aktengutachten, d. h. die begutachtende Ärztin hat die Geschädigte nicht selbst untersucht, sondern stützte sich auf die Arztberichte von Dr. T. und Dr. D. Die Schlussfolgerungen der Gutachtens beruhen somit auf fremden Untersuchungsergebnissen. Die Beschuldigte und ihr Verteidiger müssen die Möglichkeit haben, die Prämissen, auf denen das Gutachten basiert, zu überprüfen. Sie können deshalb den Beizug der Arztberichte verlangen, um deren Verlässlichkeit prüfen und gegebenenfalls bestreiten zu können. Dabei haben sie Anspruch auf Einsichtnahme in die Arztberichte selbst und müssen sich nicht mit der Zusammenfassung im IRM-Gutachten begnügen.

(I. Öff. rechtl. Abt., 1P.191/2003, 22.8.2003, X c. Y und Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

Art. 9 und 29 Abs. 2 BV; Festsetzung der Partei- und Offizialanwaltsentschädigung

Nach der Praxis des Bundesgerichts besteht zwar grundsätzlich kein verfassungsmässiger Anspruch, von der entscheidenden Behörde zu einer beabsichtigten Honorarkürzung angehört zu werden (Urteil des Bundesgerichts vom 11. Dezember 2000 i. S. S. [1P.564/2000] E. 3b). Diese Rechtsprechung kommt, wie das Bundesgericht in diesem Entscheid festgehalten hat, auch dann zum Zug, wenn das Honorar erstmals von einer Rechtsmittelinstanz festgelegt wird. Im vorliegenden Fall sind die Entschädigungen aber nicht erstmals im Berufungsverfahren festgelegt worden, sondern deren Festsetzung bis zum Urteil des Kreisgerichts ist durch das Kreisgericht erfolgt. Deren Herabsetzung [durch das Kantonsgericht] beinhaltet eine reformatio in peius, welche unter den gegebenen Umständen erfordert hätte, die Betroffenen vorgängig dazu Stellung nehmen zu lassen. Dies gilt umso mehr, als es nicht um eine rein rechnerische Richtigstellung ging, sondern das Kantonsgericht hat die X. erstinstanzlich zugesprochene Entschädigung «im Zusammenhang mit den effektiven und nützlichen Aufwendungen des Anwalts und der dem Beschuldigten zur Last gelegten Straftatbestände als über setzt bezeichnet» und darum um 20 % herabgesetzt.

Das Bundesgericht hat in BGE 129 I 65 die in einem Scheidungsprozess durch ein kantonales Obergericht vorgenommene Kürzung des dem Offizialanwalt erstinstanzlich zugesprochenen Honorars aufgrund der kantonalen Zivilprozessordnung, wonach die obere Instanz die Streitsache einzig im Rahmen der Rekurs-

anträge überprüfen durfte, als Verletzung des Verbots der reformatio in peius als einem klaren und unumstrittenen Rechtsgrundsatz qualifiziert und daher als willkürlich betrachtet. Vorliegend kann offen gelassen werden, ob aufgrund des massgeblichen kantonalen Rechts eine solche reformatio in peius zulässig ist, wie das Kantonsgericht annimmt, da das rechtliche Gehör der Beschwerdeführer dadurch verletzt worden ist, dass ihnen keine Gelegenheit geboten worden ist, vorgängig dazu Stellung zu nehmen.

(I. Öff. rechtl. Abt., 1P.281/2003, 26.8.2003, X c. Kantonsgericht Wallis, Strafgerichtshof I; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

Art. 8, 9, 10, 13, 35 und 36 Ziff. 4 BV, Art. 8 EMRK; Entsiegelung

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts geht dort, wo der Berufsgeheimnisträger selbst Angeschuldigter ist, grundsätzlich das Interesse an der Strafverfolgung der Wahrung des Berufsgeheimnisses vor. Demzufolge kann sich eine Person, die ein Berufsgeheimnis zu wahren hat, in einem gegen siehängigen Strafverfahren der Beschlagnahme und Durchsuchung von in ihrem Besitz befindlichen Akten nicht unter Berufung auf ihre Geheimhaltungspflicht widersetzen (BGE 125 I 46 E. 6 S. 50 mit Hinweisen). Das Bundesgericht hat wiederholt festgehalten, wenn man annehme, dieser Grundsatz gelte nicht uneingeschränkt, müsse jeweils geprüft werden, ob das Interesse an der Geheimhaltung der Akten grösser sei als dasjenige an der Abklärung der Straftat (BGE 101 Ia 10 E. 5b S. 11; 102 IV 210 E. 4a S. 214; 106 IV 413 E. 7c S. 424).

[...] Nur dann, wenn ein hinreichender Verdacht der Ausstellung eines falschen ärztlichen Zeugnisses besteht, [ist] eine Überprüfung der Krankengeschichte auch ohne Einwilligung des Patienten möglich. Die Auffassung, in einem solchen Fall überwiege das öffentliche Interesse an der Aufklärung der Straftat das Interesse an der Geheimhaltung der betreffenden Akten, verletzt [...] das Willkürverbot von Art. 9 BV und die Rechtsgleichheit nach Art. 8 BV nicht.

(I. Öff. rechtl. Abt., 1P.266/2003, 8.9.2003, X c. Obergericht des Kantons Zürich; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

Art. 9 et 32 Cst., art. 6 CEDH; condamnation aux frais de justice en cas de non-lieu

X. ayant désigné Y. comme une personne malhonnête et méprisante, cette dernière a porté plainte pénale contre X. Ces deux appréciations se rapportent à des éléments constitutifs objectifs de la diffamation au sens de l'art. 173 CP (cf. Bernard Corboz, Les infractions en droit suisse, vol. I, Berne, 2002, n. 2 à 7 ad art. 173 CP; ATF 117 IV 27 consid. 2c p. 28/29; 92 IV 92

Diese Rubrik enthält eine Auswahl der Rechtsprechung des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts unter Berücksichtigung von nicht zur Publikation vorgesehenen Entscheiden, von Änderungen und Präzisierungen der Rechtsprechung sowie von Entscheiden der kantonalen Gerichte und des Europäischen Gerichtshofes. Die Kurzfassungen werden jeweils in der Originalsprache des Urteils wiedergegeben.

Cette rubrique contient une sélection de la jurisprudence du Tribunal fédéral et du Tribunal fédéral des assurances tenant compte des décisions dont la publication n'est pas prévue, des changements de la jurisprudence, des décisions apportant une précision à la jurisprudence, ainsi que des décisions des tribunaux cantonaux et de la Cour de justice des Communautés européennes. Les résumés sont rédigés dans la langue originale du jugement.

consid. 4 p. 98). Suite à une transaction, Y. a retiré la plainte, si bien que le juge d'instruction de l'arrondissement a prononcé un non-lieu et mis les frais à la charge de X. Sur recours de celui-ci, le Tribunal d'accusation du canton de Z. a mis X. au bénéfice de l'art. 32 CP, celui-ci avait porté atteinte à l'honneur de Y., «d'une manière contraire au droit civil». Cela justifiait que les frais de la cause soient mis en partie à sa charge.

Le Tribunal fédéral retient sur recours de droit public de X.: Garantie par les art. 32 al. 1 Cst. et 6 par. 2 CEDH, la présomption d'innocence interdit de prendre une décision défavorable au prévenu libéré en laissant entendre que celui-ci est probablement coupable de l'infraction qui lui est reprochée. Pour que les frais puissent être mis à la charge du prévenu libéré, il ne suffit pas qu'il se soit comporté dans la procédure de manière contraire à l'éthique. Il faut encore qu'il ait clairement violé une norme de comportement, écrite ou non écrite, résultant de l'ordre juridique suisse pris dans son ensemble – dans le sens d'une application par analogie des principes qui découlent de l'art. 41 CO – et qu'il ait ainsi occasionné la procédure pénale ou qu'il en ait entravé le cours; le comportement fautif doit être déterminant et se trouver en relation de causalité avec les frais imputés (ATF 119 la 332 consid. 1 b p. 334; 116 la 162). Le juge doit se référer aux principes généraux de la responsabilité délictuelle (ATF 116 la 162 consid. 2 c p. 168) et fonder son prononcé sur des faits incontestés ou déjà clairement établis (ATF 112 la 371 consid. 2 a in fine p. 374).

En l'espèce, la décision attaquée reflète le présupposé que le recourant a diffamé Y. Cela revient à tenir le recourant pour coupable de l'infraction, malgré le prononcé du non-lieu. La mise à charge d'une partie des frais de la procédure est ainsi inconciliable avec la présomption d'innocence. Le recours est admis.

(I^{re} Cour de droit public, 1P.430/2003, 29.9.2003; X. c/ Y., Procureur général du canton de VD, Tribunal d'accusation du Tribunal cantonal du canton de VD; non publié dans le RO. – Condensé BÜ)

Art. 6 § 1 CEDH et 30 al. 1 Cst.; récusation

Les litiges concernant le refus ou la radiation d'une inscription au registre des avocats portent «sur des droits et obligations de caractère civil» au sens de l'art. 6 CEDH et la Chambre des avocats constitue une autorité administrative, qui ne remplit pas les exigences de cette disposition conventionnelle. Aucune violation de l'art. 6 CEDH (ni de l'art. 30 al. 1 Cst.) ne saurait cependant être constatée, puisque les décisions de la Chambre des avocats peuvent être soumises au contrôle judiciaire subséquent du Tribunal cantonal doté de la plénitude de juridiction et offrant toutes les garanties de l'art. 6 CEDH. Le fait que ni la loi fédérale sur les avocats, ni la loi cantonale sur la profession d'avocat ne prévoient le contrôle de l'opportunité des décisions de l'autorité de surveillance par la juridiction de recours n'y change rien (art. 36 lettre c LPJA/VD), étant donné que l'art. 6 CEDH ne l'exige pas. Quoi qu'il en soit, savoir si un avocat remplit ou non les conditions personnelles (art. 8 LLCA) pour être inscrit au registre cantonal n'est pas vraiment une question d'opportunité, si bien qu'il est sans importance que le Tribunal cantonal ne puisse pas

contrôler l'opportunité de la décision à rendre par la Chambre des avocats dans le cas particulier.

(II^e Cour de droit public, 2P.216/2003, 1.10.2003; X. c/ Chambre des avocats du canton de Vaud, Cour administrative du Tribunal cantonal du canton de Vaud; non publié dans le RO. – Condensé BÜ)

■ Verwaltungsrecht / Droit administratif (II)

Art. 57 IVG, Art. 69 Abs. 2 IVV; Abklärungsverfahren, Dolmetscherkosten

Die von der IV-Stelle mit der Begutachtung der Versicherten beauftragten Dr. med. E. und lic. phil. H. haben die Beschwerdegegnerin aufgefordert, einen professionellen Übersetzer zum Abklärungsgespräch mitzubringen, falls sie sich auf Deutsch nicht genug verständigen könne. Dies hat die Versicherte getan. Streitig und zu prüfen ist, wer die daraus entstandenen Übersetzerkosten zu tragen hat.

Im Rahmen von psychiatrischen Abklärungen kommt der bestmöglichen Verständigung zwischen Gutachter und Versichertem besonderes Gewicht zu. Eine gute Exploration setzt auf beiden Seiten vertiefte Sprachkenntnisse voraus. Ist der Gutachter der Sprache des Exploranden nicht mächtig, erscheint es medizinisch und sachlich geboten, dass er eine Übersetzungshilfe bezieht.

Der Gutachter kann im Rahmen seines Auftrages verschiedene Dispositionen treffen. So kann er dem Versicherten Anweisungen geben. Er kann ihn etwa dazu anhalten, dass er nüchtern zur Untersuchung zu erscheinen oder die von ihm eingenommenen Medikamente oder verwendeten Hilfsmittel mitzubringen hat. Diese Anweisungen an den Versicherten unterscheiden sich von den Anordnungen, welche der Gutachter im Rahmen des ihm erteilten Auftrages für die Begutachtung an sich trifft.

Die Aufforderung an einen Versicherten, für den Fall von Verständigungsschwierigkeiten einen professionellen Übersetzer mitzubringen, stellt eine Anordnung im letztgenannten Sinne dar. Ob der Gutachter den Übersetzer selber bestimmt oder die Auswahl dem Versicherten überlässt, spielt dabei keine Rolle. Letzteres erscheint jedenfalls mit Blick darauf, dass beim Gespräch sehr persönliche Lebensumstände dargestellt werden, nicht unangebracht.

Ist eine derartige Anordnung erfolgt, wirkt der Übersetzer als Hilfsperson an der Begutachtung mit. Die Aufwendungen für diese Übersetzungshilfe sind Teil der Abklärungskosten im Sinne von Art. 69 Abs. 2 IVV. Dabei handelt es sich gerade nicht um Kosten, welche der Versicherte selber verursacht hat, sondern um solche, welche auf Grund einer gebotenen ärztlichen Anordnung im Rahmen der ordentlichen Begutachtung entstanden sind.

(EVG I 642 01, 25.7.2003, X v. Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

Art. 21 Abs. 2 VwVG, Art. 32 Abs. 4 und Art. 107 Abs. 1 OG; Beschwerdefrist

Gemäss einem allgemeinen Verfahrensgrundsatz gelten Rechtschriften, die innert der vorgeschriebenen Frist bei einer unzuständigen Behörde eingehen, als rechtzeitig eingereicht und sind von Amtes wegen an die zuständige Behörde zu überweisen (für die Verfahrensgesetze des Bundes vgl. Art. 21 Abs. 2 VwVG sowie Art. 32 Abs. 4 und Art. 107 Abs. 1 OG; Kölz/Häner, *Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege des Bundes*, 2. Aufl., S. 24 Rz 64; Häfelin/Müller, *Grundriss des Allgemeinen Verwaltungsrechts*, 3. Auflage 1998, Rz 153). Unter einer unzuständigen Behörde ist rechtsprechungsgemäss eine Behörde von Bund, Kanton oder Gemeinde zu verstehen (BGE 111 V 408; Urteil S. vom 3. August 2001, U 179/01). Indem der Beschwerdeführer am 28. Oktober 2002 eine Eingabe bei der IV-Stelle einreichte, hat er daher die 30tägige Beschwerdefrist gewahrt. Dies umso mehr, als das erwähnte Schreiben ausdrücklich als «Rekurs» bezeichnet war, somit den Willen zur Anfechtung zum Ausdruck brachte, und eine für eine Laienbeschwerde ausreichende Begründung enthielt. Folglich hätte die IV-Stelle diese Eingabe an die Vorinstanz weiterleiten müssen (vgl. nunmehr auch Art. 58 Abs. 3 ATSG). Statt dessen fragte sie den Versicherten an, ob er Beschwerde führen oder lediglich eine neue Prüfung durch die IV-Stelle wünsche, und kündigte an, ohne Antwort werde sein Schreiben als gegenstandslos betrachtet. Ein solches Vorgehen war unzulässig. Die IV-Stelle hätte die Sache vielmehr an das kantonale Gericht weiterleiten müssen und dem Versicherten nicht einfach unterstellen dürfen, bei Stillschweigen sei er damit einverstanden, dass seine Eingabe gegenstandslos werde. Gerade auch in diesem Fall hätte sie den «Rekurs» des Beschwerdeführers an die Vorinstanz weiterleiten müssen, denn es lag nicht an ihr, sondern am kantonalen Gericht zu beurteilen, ob das Schreiben vom 28. Oktober 2002 die Anforderungen an eine Beschwerde erfüllte. Nachdem die Verwaltung dem – damals noch nicht anwaltlich vertretenen – Versicherten darüber hinaus eine neue Frist bis 18. November 2002 gesetzt hatte, durfte sich dieser in guten Treuen berechtigt fühlen, bis zum genannten Datum eine Beschwerde einzureichen. Dass diese Eingabe direkt an die Vorinstanz statt an die Verwaltung adressiert wurde, schadet ihm nicht. Die Vorinstanz, an welche die Akten zurückzuweisen sind, wird daher den Fall neu zu prüfen haben.

(EVG I 103/03, 20.8.2003, X c. Verwaltungsgericht des Kantons Bern; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

Art 21 al. 1 PA; remise des actes juridiques, contenu de l'indication des voies de recours

La Commission fédérale de recours en matière d'AVS/AI pour les personnes résidant à l'étranger (ci-après: la commission de recours) a invité le mandataire de X, M^e Y., avocat à Kinshasa/Gombe (République démocratique du Congo), à justifier de ses

pouvoirs dans un délai de vingt jours, à défaut de quoi elle se réservait de déclarer le recours irrecevable. Sous pli posté le 25 avril 2002 à Kinshasa, X. a envoyé une procuration légalisée à la commission de recours. Ce document est parvenu à destination le 3 juin 2002. Entre-temps, la commission avait déclaré le recours irrecevable par jugement du 7 mai 2002, lequel a été notifié le 25 novembre 2002 à M^e Y.

Sous le titre marginal «Délais, observation», l'art. 21 al. 1 PA prévoit que les écrits sont remis à l'autorité ou, à son adresse, à un bureau de poste suisse ou à une représentation diplomatique ou consulaire suisse le dernier jour du délai. A cet égard, la jurisprudence a précisé qu'on doit exiger d'une autorité administrative agissant dans l'exercice de ses compétences décisionnelles qu'elle renseigne de manière exacte et complète un assuré domicilié à l'étranger, lorsqu'il existe des règles particulières relatives à l'exercice formel du droit de recours contre sa décision. Cela résulte des principes de «Fairness» et d'égalité des armes qui protègent les intérêts de l'administré face à l'appareil administratif dans l'exercice de ses droits fondamentaux. C'est ainsi que pour pouvoir se prévaloir de l'art. 21 al. 1 PA, une administration doit mentionner en toutes lettres cette règle particulière du droit suisse dans la formule relative à l'indication des voies de recours jointe dans sa décision.

En l'occurrence, la commission de recours n'a pas rendu le recours attentif aux modalités, prévues à l'art. 21 al. 1 PA, qu'il devait respecter afin que son envoi soit réputé remis à l'autorité dans le délai imparti. Si elle ne s'est pas prévalu formellement de cette disposition légale dans son jugement, la commission de recours l'a néanmoins appliquée de façon implicite, dès lors qu'elle est partie du principe qu'un écrit déposé auprès d'un bureau de poste suisse ou d'une représentation diplomatique ou consulaire suisse jusqu'au 30 avril 2002 aurait dû lui parvenir au cours des jours suivants.

En statuant le 7 mai 2002, soit sept jours après l'échéance du délai imparti par l'ordonnance du 21 mars 2002, la commission de recours ne pouvait d'ailleurs pas ignorer qu'il était peu probable qu'une lettre déposée aux postes congolaises le 30 avril 2002 lui parvienne dans les jours suivants. En effet, l'enveloppe contenant le recours dirigé contre la décision du 29 janvier 2002 porte le cachet de l'office postal de Kinshasa du 23 février 2002 et ce document a été délivré à la commission de recours le 21 mars suivant.

En conséquence, à défaut d'avoir mentionné le contenu de l'art. 21 al. 1 PA dans son ordonnance du 21 mars 2002, la commission de recours ne pouvait, sans autres investigations, déclarer le recours irrecevable quelques jours après l'expiration du délai qu'elle avait imparti, dès lors que l'acte avait été accompli dans le délai imparti (cf. ATF 125 V 68 consid. 4). Le recours est admis.

(I^{re} Chambre, H 60/2003, 22.8.2003, X. c/ Caisse suisse de compensation, Commission fédérale de recours en matière d'AVS/AI pour les personnes résidant à l'étranger; non publié dans le RO. – Condensé Bû)

Rechtsetzung des Bundes (8. Oktober–1. Dezember 2003)*
Législation fédérale (8 octobre–1 décembre 2003)***I. In-Kraft-Treten****Bundesgesetze/Bundesbeschlüsse/Verordnungen****1. Staat – Volk – Behörden**

Änderung vom 13. Dezember 2002 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte (AS 2003 3543, SR 161.1); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Dezember 2003.

Aufhebung vom 13. Dezember 2002 des Bundesgesetzes vom 23. März 1962 über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sowie über die Form, die Bekanntmachung und das Inkrafttreten ihrer Erlasse (AS 2003 3543, SR 171.11); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Dezember 2003.

Änderung vom 13. Dezember 2002 des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege (AS 2003 3543, SR 173.110); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Dezember 2003.

Änderung vom 13. Dezember 2002 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 2002 über das Bundesstrafgericht (AS 2003 3543, SR 173.71); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Dezember 2003.

3. Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug

Änderung vom 21. März 2003 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (AS 2003 3043, SR 311.0); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Oktober 2003.

Änderung vom 26. September 2003 der Verordnung vom 25. November 1974 über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsstrafverfahren (AS 2003 3669, SR 313.32); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. November 2003.

Änderung vom 26. September 2003 der Verordnung vom 1. Dezember 1999 über das automatisierte Strafregister (AS 2003 3669, SR 331); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. November 2003.

Änderung vom 26. September 2003 der Verordnung vom 24. Februar 1982 über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (AS 2003 3669, SR 351.11); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. November 2003.

Änderung vom 13. Dezember 2002 des schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (AS 2003 3543, SR 311.0); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Dezember 2003.

Änderung vom 13. Dezember 2002 des Militärstrafprozesses vom 23. März 1979 (AS 2003 3543, SR 322.1); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Dezember 2003.

6. Finanzen

Änderung vom 26. September 2003 der Verordnung vom 2. Dezember 1996 über die Erhebung von Abgaben und Gebühren durch die Eidgenössische Bankenkommision (AS 2003 3701, SR 611.014); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. November 2003.

Änderung vom 13. Dezember 2002 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1989 über den eidgenössischen Finanzhaushalt (AS 2003 3543, SR 611.0); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Dezember 2003.

I. Entrée en vigueur**Lois fédérales/Arrêtés fédéraux/Ordonnances****1. Etat – Peuple – Autorités**

Modification du 13 décembre 2002 de la loi fédérale du 17 décembre 1976 sur les droits politiques (RO 2003 3543, RS 161.1); entrée en vigueur: 1^{er} décembre 2003.

Abrogation du 13 décembre 2002 de la loi fédérale du 23 mars 1962 sur la procédure de l'Assemblée fédérale, ainsi que sur la forme, la publication et l'entrée en vigueur des actes législatifs (RO 2003 3543, RS 171.11); entrée en vigueur: 1^{er} décembre 2003.

Modification du 13 décembre 2002 de la loi fédérale d'organisation judiciaire du 16 décembre 1943 (RO 2003 3543, RS 173.110); entrée en vigueur: 1^{er} décembre 2003.

Modification du 13 décembre 2002 de la loi fédérale du 4 octobre 2002 sur le Tribunal pénal fédéral (RO 2003 3543, RS 173.71); entrée en vigueur: 1^{er} décembre 2003.

3. Droit pénal – Procédure pénale – Exécution

Modification du 21 mars 2003 du code pénal suisse du 21 décembre 1937 (RO 2003 3043, RS 311.0); entrée en vigueur: 1^{er} octobre 2003.

Modification du 26 septembre 2003 de l'ordonnance du 25 novembre 1974 sur les frais et indemnités en procédure pénale administrative (RO 2003 3669, RS 313.32); entrée en vigueur: 1^{er} novembre 2003.

Modification du 26 septembre 2003 de l'ordonnance du 1^{er} décembre 1999 sur le casier judiciaire informatisé (RO 2003 3669, RS 331); entrée en vigueur: 1^{er} novembre 2003.

Modification du 26 septembre 2003 de l'ordonnance du 24 février 1982 (RO 2003 3669, RS 351.11); entrée en vigueur: 1^{er} novembre 2003.

Modification du 13 décembre 2002 du code pénal suisse du 21 décembre 1937 (RO 2003 3543, RS 311.0); entrée en vigueur: 1^{er} décembre 2003.

Modification du 13 décembre 2002 de la procédure pénale militaire du 23 mars 1979 (RO 2003 3543, RS 322.1); entrée en vigueur: 1^{er} décembre 2003.

6. Finances

Modification du 26 septembre 2003 de l'ordonnance du 2 décembre 1996 réglant la perception de taxes et d'émoluments par la Commission fédérale des banques (RO 2003 3701, RS 611.014); entrée en vigueur: 1^{er} novembre 2003.

Modification du 13 décembre 2002 de la loi fédérale du 6 octobre 1989 sur les finances de la Confédération (RO 2003 3543, RS 611.0); entrée en vigueur: 1^{er} décembre 2003.

* Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. / Cet aperçu n'a pas pour vocation d'être exhaustif.

7. Öffentliche Werke – Energie – Verkehr

Änderung vom 21. März 2003 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (AS 2003 3043, SR 780.1); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Oktober 2003.

II. Referendumsvorlagen

Finanzen: Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze. Botschaft des Bundesrats: BBl 2000 1865, Beschluss des Parlaments: BBl 2003 6589.

Ausländer: Bundesbeschluss über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation. Botschaft des Bundesrats: BBl 2002 1911, Beschluss des Parlaments: BBl 2003 6599.

Ausländer: Bundesbeschluss über den Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation. Botschaft des Bundesrats: BBl 2002 1911, Beschluss des Parlaments: BBl 2003 6601.

III. Vernehmlassungen

Ratifikation des Fakultativprotokolls zur Kinderrechtskonvention betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie

Das Fakultativprotokoll ist eine Ergänzung und Weiterführung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes. Es stellt einen wichtigen Schritt zum Schutz des Kindes vor den schlimmsten Formen der kommerziellen Ausbeutung dar. Insgesamt vermag die schweizerische Rechtsordnung den Anforderungen des Fakultativprotokolls zu genügen. Einzige Ausnahme bildet der Straftatbestand des Menschenhandels. Während gemäss Art. 196 StGB nur der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung des Opfers strafbar ist, verlangt das Fakultativprotokoll die Unterstrafestellung des Kinderverkaufs zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, des kommerziellen Organhandels sowie der Zwangsarbeit. Um den Verpflichtungen des Fakultativprotokolls betreffend den Tatbestand des Menschenhandels nachzukommen, schlägt der Bundesrat die Revision von Art. 196 StGB vor. Frist: 01.02.2004.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Vorentwurf für eine Revision des ZGB (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht); Vorentwurf für ein Bundesgesetz über das Verfahren vor den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden

Das geltende Vormundschaftsrecht ist seit seinem In-Kraft-Treten im Jahr 1912 nahezu unverändert geblieben. Der von einer interdisziplinär zusammengesetzten Expertenkommission ausgearbeitete Vorentwurf für eine Änderung des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht) will unter anderem das Selbstbestimmungsrecht schwacher und hilfsbedürftiger Personen fördern. Mit der Vorlage zur Revision des ZGB schickt das EJPD gleichzeitig einen Vorentwurf für ein Bundesgesetz über das Verfahren vor den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden in die Vernehmlassung. Diese separate Vorlage verbessert den Rechtsschutz und entlastet das ZGB von Bestimmungen über die örtliche Zuständigkeit und das Verfahren. Frist: 15.01.2004.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

7. Travaux publics – Energie – Transports et communications

Modification du 21 mars 2003 de la loi fédérale du 6 octobre 2000 sur la surveillance de la correspondance par poste et télécommunication (RO 2003 3043, RS 780.1); entrée en vigueur: 1^{er} octobre 2003.

II. Objets soumis au référendum

Finances: Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée. Message du Conseil fédéral: FF 2000 1771, Arrêté du Parlement: FF 2003 6033.

Etrangers: Arrêté fédéral sur la naturalisation ordinaire et sur la naturalisation facilitée des jeunes étrangers de la deuxième génération. Message du Conseil fédéral: FF 2002 1815, Arrêté du Parlement: FF 2003 6043.

Etrangers: Arrêté fédéral sur l'acquisition de la nationalité par les étrangers de la troisième génération. Message du Conseil fédéral: FF 2002 1815, Arrêté du Parlement: FF 2003 6045.

III. Procédures de consultation en cours

Ratification du Protocole facultatif à la Convention relative aux droits de l'enfant, concernant la vente d'enfants, la prostitution des enfants et la pornographie des enfants

Le Protocole facultatif complète la Convention relative aux droits de l'enfant et poursuit la réalisation de ses buts. Il constitue un instrument important pour la protection de l'enfant contre les pires formes d'exploitation économique. L'ordre juridique suisse satisfait dans l'ensemble aux exigences du Protocole facultatif. La traite des êtres humains constitue la seule exception. Aux termes de l'art. 196 CP, seule est punissable la traite des êtres humains en vue de l'exploitation sexuelle de la victime. Le Protocole facultatif exige toutefois que soit pénalement répréhensible la vente d'enfants aux fins d'exploitation sexuelle, de trafic commercial d'organes et de travail forcé. Afin de remplir les obligations du Protocole facultatif concernant la traite des êtres humains, le Conseil fédéral propose la révision de l'art. 196 CP. Date limite: 01.02.2004.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Avant-projet de révision du Code civil (protection de l'adulte, droit des personnes et droit de la filiation); Avant-projet de loi fédérale réglant la procédure devant les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte

Le droit actuel de la tutelle n'a pas subi de modifications importantes depuis son entrée en vigueur en 1912. Elaboré par une commission interdisciplinaire d'experts, l'avant-projet de révision du code civil (protection de l'adulte, droit des personnes et droit de la filiation) vise, notamment, à favoriser l'autodétermination des personnes affectées d'un état de faiblesse et tributaires d'une assistance. Le DFJP met simultanément en consultation l'avant-projet de révision du CC et un avant-projet de loi fédérale réglant la procédure devant les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte. Ce dernier améliorera la protection juridique. Au surplus, il permettra d'éliminer du code civil les dispositions sur le for et la procédure. Date limite: 15.01.2004.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts (Schaffung einer gesamtschweizerischen Zivilprozessordnung)

Das Zivilprozessrecht ist heute in 26 Gesetzen geregelt. Nun soll es vereinheitlicht werden: Die Reform bringt mehr Anwenderfreundlichkeit, ist einem modernen Service verpflichtet und hebt die Rechtszersplitterung in der Schweiz auf. Der Bundesrat hat das EJPD ermächtigt, den von einer Expertenkommission erarbeiteten Vorentwurf für eine Schweizerische Zivilprozessordnung in die Vernehmlassung zu schicken. Frist: 31. 12. 2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Beitritt der Schweiz zum Strafrechts-Übereinkommen und zum Zusatzprotokoll des Europarates gegen die Korruption sowie Änderungen des Strafgesetzbuches und des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb

Das Übereinkommen will die Strafbestimmungen in den Mitgliedstaaten harmonisieren und die internationale Zusammenarbeit verstärken. Kernstück bilden die Tatbestände, welche die Mitgliedstaaten unter Strafe stellen müssen. Dazu gehören insbesondere die aktive und passive Bestechung von in- und ausländischen Amtsträgern sowie von Amtsträgern internationaler Organisationen und internationaler Gerichtshöfe. Zu bestrafen sind zudem die aktive und passive Bestechung von Privatpersonen sowie weitere mit Bestechung verbundene Taten, insbesondere das Waschen von Korruptionsgeldern. Die Mitgliedstaaten sind ferner verpflichtet, für Korruptionsstraftaten die Verantwortlichkeit juristischer Personen vorzusehen und effiziente Rechtshilfe zu leisten. Das Zusatzprotokoll dehnt die Anwendbarkeit des Übereinkommens auf die Bestechung von Geschworenen und von Schiedsrichtern, die Rechtsstreitigkeiten entscheiden, aus. Frist: 30. 11. 2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Eidgenössische Ombudsstelle (Vernehmlassungsverfahren im Auftrag der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates)

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) verabschiedete am 4. Juli 2003 den Gesetzesentwurf zur Schaffung einer eidgenössischen Ombudsstelle und beauftragte den Bundesrat, die Vernehmlassung durchzuführen. Damit soll in erster Linie das Vertrauen der Bevölkerung in die Bundesbehörden gestärkt werden. Die optimale Wahrung der Interessen und Rechte Privater setzt vielfach Kenntnis über Rechtsmittel und Verfahrensabläufe voraus. Hier kann sie durch eine erste Information klärend wirken, wobei sie eine eigentliche Rechtsberatung nicht ersetzen kann. Die Ombudsperson kann beratende Gespräche führen, Empfehlungen und Vorschläge zu einer gütlichen Einigung abgeben, verfügt jedoch über keine Entscheidungsbefugnis. Frist: 30. 11. 2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Parlamentarische Initiative 00.419 Schutz vor Gewalt im Familienkreis und in der Partnerschaft (Vernehmlassungsverfahren im Auftrag der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates)

Der auf die parlamentarische Initiative zurückgehende Entwurf will die Opfer von häuslicher Gewalt wie folgt schützen: Gewalttätige Perso-

Unification de la procédure civile (Loi fédérale de procédure civile)

La procédure civile, réglée aujourd'hui dans 26 lois cantonales de procédure civile, doit être unifiée. La réforme proposée, qui vise à faciliter l'accès à la procédure civile et à en simplifier l'application, répond aux exigences modernes et supprime le morcellement du droit en Suisse. Le Conseil fédéral a habilité le DFJP à envoyer en consultation l'avant-projet de procédure civile suisse élaboré par une commission d'experts. Date limite: 31. 12. 2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Adhésion à la Convention pénale du Conseil de l'Europe sur la corruption ainsi qu'au protocole additionnel y relatif et modification du Code pénal et de la Loi fédérale contre la concurrence déloyale

La convention vise à harmoniser les dispositions pénales pertinentes en vigueur dans les Etats membres du Conseil de l'Europe et à renforcer la coopération internationale en matière de lutte contre la corruption. Le «noyau dur» de la convention est constitué par les dispositions qui énumèrent les comportements que les législateurs nationaux doivent ériger en infractions. Parmi ceux-ci figurent, en particulier, la corruption active et passive d'agents publics nationaux et étrangers, de même que celle de fonctionnaires internationaux ainsi que de membres de cours internationales de justice. Cet instrument oblige, en outre, les Etats parties à réprimer la corruption active et passive dans le secteur privé ainsi que les infractions qui y sont liées, en particulier le blanchiment du produit des délits de corruption. De surcroît, les Etats parties ont l'obligation de prendre les mesures nécessaires pour que les personnes morales puissent être tenues pour responsables en cas de corruption. Enfin, la convention exige d'eux qu'ils se prêtent l'entraide judiciaire la plus large possible. Quant au protocole additionnel, il étend le champ d'application de la convention à la corruption de jurés et d'arbitres appelés à trancher des litiges. Date limite: 30. 11. 2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Bureau fédéral de médiation (Procédure de consultation sur mandat de la Commission des institutions politiques du Conseil national)

La Commission des institutions politiques du Conseil national a, le 4 juillet 2003, adopté un avant-projet de loi fédérale sur le Bureau fédéral de médiation et chargé le Conseil fédéral d'ouvrir une procédure de consultation. Le projet vise principalement à renforcer la confiance du public à l'égard des institutions de la Confédération. Le particulier qui entend sauvegarder ses intérêts et défendre ses droits a, bien souvent, besoin de savoir quels moyens de recours s'offrent à lui et quelles procédures sont appliquées par les autorités fédérales. Sur ce plan, le Bureau fédéral de médiation pourra lui être utile en lui fournissant une première information. Toutefois, il ne saurait remplacer le conseil juridique proprement dit. Le médiateur offrira des entretiens consultatifs, des recommandations et des propositions d'arrangements à l'amiable, mais n'aura pas de pouvoirs de décision. Date limite: 30. 11. 2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Initiative parlementaire 00.419 Protection contre la violence dans la famille et dans le couple (Procédure de consultation)

L'avant-projet, qui a pour origine l'initiative parlementaire, vise à assurer la protection des victimes de violences domestiques de la ma-

nen können sofort aus der gemeinsamen oder ehemals gemeinsamen Wohnung weggewiesen werden und dürfen diese für eine bestimmte Zeit nicht mehr betreten. Dies bietet dem Opfer eine Alternative zur Flucht aus der eigenen Wohnung. Das Gericht hat auch die Möglichkeit, weitere Schutzmassnahmen zu veranlassen: Es kann der verletzenden Person verbieten, die unmittelbare Umgebung der Wohnung zu betreten oder mit dem Opfer Kontakt aufzunehmen, sei es telefonisch, schriftlich, elektronisch oder auf anderem Wege. Die Massnahme kann nur befristet für höchstens zwei Jahre ausgesprochen werden. Der vorgeschlagene neue Artikel 28b des Zivilgesetzbuches (ZGB) sieht zudem vor, dass die Kantone Informations- und Beratungsstellen einrichten, die präventiv wirken sollen, um häusliche Gewalt zu vermeiden und Rückfälle zu verhindern. Frist: 28.02.2004.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

«Integrierte Finanzmarktaufsicht», I. Teilbereich der vom Bundesrat eingesetzten Expertenkommission

Zur Organisation der «Eidg. Finanzmarktaufsicht (FINMA)» sowie zu den fachbereichsübergreifenden Aufsichtsinstrumenten schlägt die «Expertenkommission Zimmerli» in diesem Teilbericht vor, die FINMA solle als öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestaltet werden. In dieser neuen Behörde sollen vorerst die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) und das Bundesamt für Privatversicherungen (BPV) organisatorisch zusammengeführt werden. Frist: 31.01.2004.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Änderung des Arbeitsgesetzes: Herabsetzung des Schutzalters auf 18 Jahre

Das Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG) definiert Arbeitnehmer beider Geschlechter bis zum vollendeten 19. Altersjahr und Lehrlinge bis zum vollendeten 20. Altersjahr als Jugendliche. Neu soll das Schutzalter sowohl für Lehrlinge und Lehtöchter als auch für jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf 18 Jahre festgelegt werden. Frist: 15.02.2004.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Bundesgesetz über die Schweizerische Exportrisikoversicherung (ERVG)

Die geplante Gesetzesrevision eröffnet die Möglichkeit, private Kaufrisiken zu decken. Die vorgesehene institutionelle Neupositionierung der Versicherung als öffentlich-rechtliche Anstalt ermöglicht eine zweckmässige Kompetenzverteilung sowie eine angemessene Steuerung und Aufsicht durch den Bund. Über diese beiden hauptsächlichen Revisionsaspekte hinaus wurden alle geltenden Gesetzesbestimmungen überprüft und sollen nun in einer Totalrevision den heutigen Erfordernissen angepasst werden. Davon betroffen sind insbesondere die Bestimmungen über die Geschäftsgrundsätze, die Organisation, die Finanzen und die Wahrung der Bundesinteressen. Frist: 31.03.2004.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

IV. Aus den Räten

Das detaillierte Sessionsprogramm können Sie einsehen unter: <http://www.parlament.ch/poly/framesets/D/Frame-D.htm>.

nière suivante: une personne violente peut être expulsée immédiatement du domicile commun (ou autrefois commun), avec interdiction d'y pénétrer pendant une période déterminée, offrant ainsi à la victime une option autre que la fuite hors du logement. Selon l'avant-projet, le juge pourra également prendre d'autres mesures et notamment interdire à l'auteur d'actes de violence d'accéder à l'environnement immédiat du logement ou de prendre contact avec la victime par téléphone, par écrit, par voie électronique ou par tout autre canal. Toutefois, de telles mesures ne pourront être prononcées que pour deux ans au maximum. Le nouvel article 28b du Code Civil (CC) mis en consultation prévoit, en outre, que les cantons instituent des centres d'information et de consultation ayant pour mission de prévenir la violence domestique et les récidives dans ce domaine. Date limite: 28.02.2004.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

«Surveillance intégrée des marchés financiers», le 1^{er} rapport partiel de la commission d'experts instituée par le Conseil fédéral

En ce qui concerne l'organisation de la «Surveillance fédérale des marchés financiers» (FINMA) et les instruments de surveillance valables pour l'ensemble des domaines concernés, la commission Zimmerli propose, dans son rapport, que la FINMA prenne la forme d'un établissement de droit public doté de la personnalité juridique. Dans un premier temps, cette nouvelle autorité doit regrouper la Commission fédérale des banques (CFB) et l'Office fédéral des assurances privées (OFAP). Date limite: 31.01.2004.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Modification de la Loi sur le travail: Abaissement de l'âge de protection à 18 ans

La Loi fédérale sur le travail dans l'industrie, l'artisanat et le commerce (Loi sur le travail, LTr) définit les jeunes travailleurs comme les travailleurs des deux sexes jusqu'à 19 ans révolus et pour les apprentis jusqu'à 20 ans révolus. Le nouvel âge de protection devrait être fixé à 18 ans tant pour les apprentis que pour les autres jeunes travailleurs. Date limite: 15.02.2004.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Loi fédérale sur l'assurance suisse contre les risques à l'exportation (LARE)

La révision proposée prévoit la possibilité d'assurer ce risque. La réorganisation de l'assurance en tant qu'institution de droit public permet une répartition plus adéquate des tâches ainsi qu'une amélioration du pilotage et de la surveillance par la Confédération. Outre les deux principaux points de la révision, les dispositions de la loi en vigueur ont été examinées et doivent maintenant être adaptées aux exigences actuelles dans une révision totale de la loi. Les dispositions les plus touchées sont les principes de gestion, l'organisation, les finances et la défense des intérêts de la Confédération. Date limite: 31.03.2004.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

IV. Activités des Conseils et des commissions parlementaires

Vous pouvez consulter le programme détaillé de la session à l'adresse suivante: <http://www.parlament.ch/poly/framesets/F/Frame-F.htm>.

René Rall

Der Generalsekretär teilt mit ...

Nutzung von geschützten Werken und geschützten Leistungen in elektronischer Form – zusätzlicher Tarif (GT 9) der ProLitteris

Die ProLitteris ist die Gesellschaft, welche vom Bundesamt für geistiges Eigentum mit Verfügung vom 5.7.1993 beauftragt wurde, zur Geltendmachung der sich aus den Artikeln 13, 20 und 22 URG ergebenden Ansprüche, soweit diese Werke der Literatur, der bildenden Kunst und der Fotografie betreffen. Bekanntlich gilt für Anwältinnen und Anwälte in der Schweiz seit 1.1.1995 der *Reprografietarif GT 8*. Er regelt die Abgeltung des Fotokopierens geschützter Werke. Er stützt sich auf eine Vereinbarung, welche die betroffenen Nutzerverbände, d. h. der SAV, Economie Suisse und 20 weitere Berufsorganisationen aus dem Dienstleistungsbereich seinerzeit mit der ProLitteris getroffen haben. Dieser Tarif wurde im Jahre 2002 neu verhandelt und mit Beschluss der eidgenössischen Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten für die Periode vom 1.1.2002 bis 31.12.2005 dank dem geschlossenen Auftreten der Nutzerorganisationen unverändert übernommen. Zudem wurde der Vorstoss des SAV, Lehrlinge von der Tarifpflicht auszuschliessen, gutgeheissen.

Im April 1999 wurde den Nutzerorganisationen der zusätzliche *Tarif GT 9* vorgelegt. Er regelt die Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken und nachbarrechtlich geschützten Leistungen in betriebsinternen Netzwerken in elektronischer Form mittels Computer-Bildschirmen, Workstations, Scanner oder ähnlichen Geräten und stützt sich auf Art. 19 URG, wonach veröffentlichte Werke ausschnittsweise gegen eine Vergütung gemäss Art. 20 Abs. 2 URG zum Eigengebrauch verwendet werden dürfen.

Im Anschluss an die letzte von 6 jeweils hart geführten Verhandlungen haben sich die Nutzerorganisationen mit der Verwertungsgesellschaft ProLitteris einigen können: Netzwerkbenutzer haben eine jährliche Vergütung nach der gemäss GT 8 (Fotokopie) geschuldeten Entschädigung unter Berücksichtigung eines Faktors von 0,3 zu leisten, vorbehältlich der Einrede eines fehlenden Netzwerksystems. Unter «Netzwerke» werden mindestens zwei Terminals oder ihnen gleichgestellte Benutzerinterfaces desselben Nutzers verstanden, die durch eine permanente oder zeitweilige Kommunikationseinrichtung miteinander (über Kabel oder drahtlos) verbunden sind.

Der Tarif fand bei den Nutzerorganisationen Zustimmung. Eine seinerzeit von den Nutzerorganisationen geforderte Studie hatte noch einen Koeffizienten von 1,3 ausgewiesen. Durch das geschlossene Auftreten der Nutzerorganisationen konnte dieser auf 0,3 gesenkt werden. Auf eine rückwirkende Inkraftsetzung wurde zudem auf Drängen der Nutzerorganisationen verzichtet.

René Rall

Le Secrétaire général vous informe ...

Utilisation d'œuvres et de prestations protégées sous forme électronique – tarif complémentaire (TC 9) de ProLitteris

ProLitteris est la société qui, par décision du 5 juillet 1993, a été chargée par l'Office fédéral de la propriété intellectuelle de faire valoir les droits qui découlent des art. 13, 20 et 22 LDA, pour autant qu'il s'agisse d'œuvres littéraires, d'art plastique ou de photographies. Les avocates et avocats connaissent bien le *Tarif commun pour la reproduction par reprographie (TC 8)* qui prévoit les indemnités relatives à la photocopie d'œuvres protégées. Il a pour base l'accord intervenu, à l'époque, entre ProLitteris et les organisations d'utilisateurs, à savoir la FSA, Economie Suisse et 20 autres organisations professionnelles du secteur des prestations de service. Ce tarif a été renégocié en 2002, mais a pu être repris tel quel par décision de la Commission arbitrale fédérale pour la gestion de droits d'auteur et de droits voisins, et ce pour la période du 1.1.2003 au 31.12.2005, grâce à l'intervention pugnace des organisations d'utilisateurs. La démarche de la FSA, consistant à exclure les apprentis du champ d'application du tarif, a elle aussi trouvé une suite positive.

En avril 1999, le *Tarif TC 9a* été soumis aux organisations d'utilisateurs. Ce tarif régit l'utilisation d'œuvres protégées par le droit d'auteur ou d'autres droits voisins, le tout dans des réseaux numériques internes à l'entreprise et sous une forme électronique, au moyen d'écrans d'ordinateurs, de workstations, de scanners ou d'autres appareils similaires. Il trouve son fondement dans l'art. 19 LDA, d'après lequel des extraits d'œuvres divulguées peuvent être reproduits en contrepartie d'une rémunération pour l'usage privé au sens de l'art. 20 al. 2 LDA.

Après la dernière des six négociations, qui ont toutes été ardues, les organisations d'utilisateurs ont finalement pu se mettre d'accord avec la société de gestion de droits d'auteur ProLitteris: les utilisateurs de réseaux numériques auront à verser une redevance annuelle selon les montants fixés par le TC 8 (photopies), mais en multipliant ces derniers par un coefficient de 0,3, le tout à condition bien sûr qu'il y ait présence d'un réseau numérique. Par «réseau numérique», on entend au moins deux terminaux ou interfaces utilisateurs d'un même utilisateur, reliés entre eux par un système de communication permanent ou temporaire (que la liaison soit établie par câble ou qu'elle soit sans fil).

Le tarif a reçu l'approbation unanime des organisations d'utilisateurs. Une étude, qui avait été sollicitée à l'époque par ces organisations, avait cependant démontré un coefficient de 1,3. Grâce à l'engagement déterminé des organisations, celui-ci a pu être réduit à 0,3. Quant à une entrée en vigueur rétroactive, elle a également été écartée face à l'insistance de ces organisations.

Die Eidg. Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten hat den Tarif mit Beschluss vom 8. 12. 2003 auf eine Gültigkeitsdauer von 2 Jahren, d. h. vom 1. 1. 2004 bis zum 31. 12. 2005, genehmigt. Eine Anwaltskanzlei hat somit fortan – gestützt auf die Anzahl der tätigen Personen (Anwältinnen/Anwälte und Personal) – gesamt- haft folgende Jahresgebühr zu entrichten:

Anzahl Beschäftigte	Gebühr für Fotokopien (GT 8)	Gebühr für Netzwerke (GT 9)	Total
1	Fr. 30.–	Fr. 0.–	Fr. 30.–
2–5	Fr. 50.–	Fr. 15.–	Fr. 65.–
6–19	Fr. 80.–	Fr. 24.–	Fr. 104.–
20–99	Fr. 160.–	Fr. 48.–	Fr. 208.–

Für Nutzer mit mehr als 99 Angestellten berechnet sich die Vergütung nach der gemäss GT 8 geschuldeten Entschädigung unter Berücksichtigung eines Faktors von 0,3.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass das Vorhandensein eines Netzwerks Voraussetzung ist, damit jemand unter die Tarifpflicht fällt. Die Teiltarife sehen denn auch ein spezielles Meldesystem und damit die Möglichkeit der Einrede des nicht vorhandenen Netzwerkes vor. Der detaillierte Tarif kann bei der Geschäftsstelle des SAV (Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel. 031 313 06 06, Fax 031 313 06 16, info@swisslawyers.com) angefordert werden.

Konten mit Klientenvermögen*

Der SAV erhielt Kenntnis davon, dass Banken, gestützt auf ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen, in Einzelfällen von der Möglichkeit Gebrauch machen, Treuhand-(Klientengelder-)Konti mit anderen Konti des betreffenden Anwalts zu verrechnen. Besorgt über diese Entwicklung hat nun der SAV am 20. 10. 2003 mit der UBS AG folgende Vereinbarung getroffen:

1. Bezeichnet der Anwalt bei Eröffnung ein bei einer Geschäftsstelle der Bank in der Schweiz geführtes Konto oder Depot als «Anwaltsklientenkonto» bzw. «Anwaltsklientendepot» oder ergibt sich aufgrund anderer Umstände in eindeutiger Art und Weise, dass diese Vermögenswerte dem Konto-inhaber in seiner Funktion als Anwalt anvertraut wurden, so verzichtet die Bank in Bezug auf diese Vermögenswerte auf Verrechnungs-, Pfand- und Retentionsrechte, soweit solche Rechte zur Sicherung von Ansprüchen der Bank dienen, die nicht unmittelbar mit dem betreffenden Konto bzw. Depot zusammenhängen.
2. Weicht die obige Absprache von den Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder anderen gedruckten Formularverträgen der Bank ab, so geht sie diesen vor.
3. Diese Regelung findet auch Anwendung auf bestehende Konti und Depots, die binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten der vorliegenden Vereinbarung als Anwaltsklientenkonto

* Dieser Teil wurde in der Ausgabe 11–12/2003 aus Versehen in der falschen Reihenfolge abgedruckt.

d'utilisateurs. La Commission arbitrale fédérale pour la gestion de droits d'auteur et de droits voisins a ratifié le tarif, par décision du 8. 12. 2003, le tout sur une durée de validité de 2 ans, à savoir du 1. 1. 2004 au 31. 12. 2005. Une étude d'avocats doit ainsi – sur la base du nombre d'employés (avocats et personnel) – verser les redevances annuelles suivantes:

Nombre d'employés de l'utilisateur	Redevance pour les photocopies (TC 8)	Redevance pour les réseaux numériques (TC 9)	Total
1	CHF 30.–	CHF 0.–	CHF 30.–
2–5	CHF 50.–	CHF 15.–	CHF 65.–
6–19	CHF 80.–	CHF 24.–	CHF 104.–
20–99	CHF 160.–	CHF 48.–	CHF 208.–

Pour les utilisateurs comptant plus de 99 employés, la redevance se calcule selon celle prévue par le TC 8 multipliée par 0,3.

Il convient encore une fois de rappeler que la présence d'un réseau numérique est la condition nécessaire pour être soumis à l'obligation de payer la redevance. Les tarifs prévoient également un système d'annonce, par lequel il est possible de communiquer qu'il n'existe pas de réseau numérique. Le tarif complet peut être commandé auprès du Secrétariat général de la FSA (Marktgasse 4, case postale 8321, 3001 Berne, tél. 031 313 06 06, fax 031 313 06 16, info@swisslawyers.com).

Comptes portant sur des avoirs de clients**

Il a été porté à la connaissance de la FSA que les banques, sur la base de leurs conditions générales, avaient fait usage d'un droit de compensation entre des comptes fiduciaires (avoirs de clients) et les propres comptes de l'avocat. Dans le but de mettre fin à ce développement, la FSA, en date du 20 octobre 2003, a passé la convention suivante avec l'UBS SA:

1. Lorsque l'avocat, en ouvrant un compte ou un dépôt géré par une succursale suisse de la Banque, désigne ce compte ou ce dépôt comme étant un «compte client de l'avocat», respectivement comme étant un «dépôt client de l'avocat», mais aussi lorsqu'il s'avère d'une manière certaine et évidente, sur la base d'autres circonstances, que ces avoirs ont été confiés au titulaire du compte dans l'exercice de sa fonction d'avocat, la Banque renonce à exercer ses droits de compensation, de gage et de rétention sur ces valeurs patrimoniales, pour autant que ces droits concernent la garantie de prétentions de la Banque qui ne peuvent être rattachées directement au compte, respectivement au dépôt concerné.
2. Si la disposition qui précède déroge aux Conditions générales commerciales ou à d'autres formulaires contractuels imprimés par la Banque, cette disposition prime sur ces derniers.
3. Cette réglementation sera également appliquée à des comptes ou à des dépôts préexistants et qui seront désignés, dans un délai de six mois après l'entrée en vigueur de la pré-

** Dans le numéro 11–12/2003, ce texte a été publié par inadvertance dans un ordre erroné.

(Anwaltsklientendepot) bezeichnet werden, es sei denn, die Bank erkläre binnen zwei Monaten seit Erhalt der Mitteilung des Anwalts, dass sie wegen besonderer, im Detail zu begründenden Umständen auf ihrem Verrechnungs-, Pfand- und/oder Retentionsrecht bestehen müsse.

4. Die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB) wird durch die vorliegende Vereinbarung nicht berührt.

Es bleibt zu hoffen, dass andere Banken entsprechende Verhandlungsbereitschaft zeigen.

Daten Anwaltstag 2004 und Anwaltskongress 2005

Der diesjährige Anwaltstag findet am Freitag und Samstag 18./19. Juni 2004 in Bellinzona (Delegiertenversammlung)/Locarno (Rahmenprogramm) statt. Die Einladung wird im März verschickt.

Nächstes Jahr findet im KKL Luzern wiederum der Anwaltskongress statt. Bitte notieren Sie sich das Datum 9.–11. Juni 2005 bereits heute.

sente convention, comme étant des comptes client de l'avocat (dépôts client de l'avocat), le tout à moins que la banque ne notifie, dans un délai de deux mois après réception de la communication de l'avocat, qu'elle devra maintenir, sur la base de circonstances particulières qui devront être motivées en détail, son droit de compensation, de gage et/ou de droit de rétention.

4. La Convention relative à l'obligation de diligence des banques (CDB) n'est pas touchée par la présente convention.

Il reste à espérer que d'autres banques seront prêtes à aller dans le sens de ces négociations.

Dates de la Journée des avocats 2004 et du Congrès des avocats 2005

La journée des avocats de cette année a lieu le vendredi 18 juin et le samedi 19 juin 2004 à Bellinzona (assemblée des délégués)/Locarno (programme social). L'invitation sera envoyée en mars.

L'année prochaine, le Congrès des avocats aura de nouveau lieu au Centre des congrès et de la culture à Lucerne. Je vous prie de bien vouloir retenir dès à présent la date du 9 au 11 juin 2005.

Axel Grannemann*

Der DeutscheAnwaltVerein informiert ...

Eignungsprüfung als Rechtsanwalt in Deutschland

Unter der Schirmherrschaft von Herrn Rechtsanwalt Dr. Hartmut Kilger, Präsident des DeutschenAnwaltVereins, des Interessenvertreters von mehr als 60 000 Rechtsanwälten in Deutschland, führt die DeutscheAnwaltAkademie in Kooperation mit dem Fachinstitut für Wirtschaftsrecht in Berlin im Jahr 2004 den 11. Intensivlehrgang zur Vorbereitung der Eignungsprüfung als Rechtsanwalt in Deutschland durch.

Mit der Transformation der EG-Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome vom 21.12.1988 hat die Bundesrepublik Deutschland die gesetzlichen Grundlagen für den Erwerb des deutschen Titels «Rechtsanwalt» geschaffen. Sie finden sich im Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG). Mit Inkraft-Treten des zwischen der Europäischen Union und der Schweiz ausgehandelten Freizügigkeitsabkommens können auch

Schweizer Anwälte durch Ablegung einer Eignungsprüfung den deutschen Titel «Rechtsanwalt» unmittelbar erwerben und in Deutschland und in der Schweiz führen.

Beginn 11. Lehrgang: April/Mai 2004 in Berlin
Information und Prospekt:
DeutscheAnwaltAkademie
Littenstrasse 11, D-10179 Berlin
Fax +49 (0)30 726 152 144
E-Mail: daa@anwaltakademie.de
oder
Fachinstitut für Wirtschaftsrecht
Dr. Grannemann & von Fürstenberg
Marienstrasse 8, D-79098 Freiburg
Tel. +49 (0)761 20 73 30
Fax +49 (0)761 30 62 5
E-Mail: info@drgrannemann-vonfuerstenberg.de

* Dr. Axel Grannemann ist Geschäftsführer des Fachinstituts für Wirtschaftsrecht in Freiburg, Deutschland.

Fachtagungen und Seminare/Conférences et séminaires

Zivilrecht / Droit civil

22.02.2004	Vortrag zur (teilweise fehlenden) Rechtsgrundlage der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	Bern	Bernischer Juristenverein, Postfach 2485, 3600 Thun, Tel: 033 223 27 29, Fax: 033 223 44 77, E-Mail: mueller@roost-thun.ch
------------	---	------	--

Handelsrecht / Droit commercial

Jan.–Aug. 2004	Certificat de formation continue en Compliance Management en 6 modules	Genève	Université de Genève, Leonardo Castellana, Tél: 022 705 86 51, Fax: 022 705 86 62, E-mail: leonardo.castellana@droit.unige.ch / Haute école de gestion de Genève, Pierre-André Bertholet, Tél: 022 705 99 65, Fax: 022 705 99 98, E-mail: pierre-andre.bertholet@heg.ge.ch / Adresse postale: Compliance Management, CEJE – Uni-Mail, Université de Genève, 1211 Genève 4, www.compliance-manangement.ch
09.02./16.02.2004	La fiscalité des entreprises en Suisse	Neuchâtel	Formation continue; Université Neuchâtel, Av. du 1 ^{er} -Mars 26, 2000 Neuchâtel, Tél: 032 718 11 20, Fax: 032 718 11 21, www.unine.ch
26.02.2004	Schweizerische Gesellschaften vor US-amerikanischen Gerichten	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
24.03.2004	Aktuelle Fragen des Aktienrechts und der Corporate Governance	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich (siehe oben)
27.04.2004	Rechtsfragen rund um die Unternehmungssanierung	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich (siehe oben)
27.05.2004	Fusionengesetz/Auswirkungen auf die Praxis	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich (siehe oben)
26.06.2004	Vortrag: Anwaltsgesellschaften als juristische Personen	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich (siehe oben)
24.09.2004	Vortrag: Aktuelle Probleme der Strafbarkeit von Unternehmen	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich (siehe oben)

Vertragsrecht / Droit des contrats

11.05.2004	Aktuelle Rechtsfragen zu IT-Verträgen	Zürich	Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel: 071 224 24 24, Fax: 071 224 28 83, E-Mail: irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
17.06.2004	Aktuelle Probleme im Arbeitsrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch

Haftpflicht- und Versicherungsrecht / Droit de la responsabilité civile et des assurances

09.02.2004	Vortrag: Allgemeiner Teil des Sozialversicherungsrechts – eine erste kritische Sichtung von Verwaltungspraxis und Rechtsprechung	Bern	Bernischer Juristenverein, Postfach 2485, 3600 Thun, Tel: 033 223 27 29, Fax: 033 223 44 77, E-Mail: mueller@roost-thun.ch
04.03.2004	Invaliditätstagung 2004	Solothurn	Kieser Senn Partner, Fax: 01 388 57 58, E-Mail: kanzlei@kspartner.ch, www.invaliditätstagung.ch

Immaterialgüterrecht / Droit de la propriété intellectuelle

06.04.2004	7. Zürcher Tagung zum Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
------------	---	--------	---

Internationales Recht / Droit international

19.–30.01.2004	International Tax Law PG Diploma program	Delémont	Robert Kennedy College, Secrétariat: Leutschenbachstr. 95, 8050 Zurich, Tel: 01 308 39 08, Fax: 01 308 35 15, e-mail: Dean@college.ch, StudentCare@college.ch
09.06.2004	8. Zürcher Tagung zum internationalen Zivilprozess- und Verfahrensrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch

Diverses / Divers

27.–29.01.2004	Key Account Management	Zürich	ZfU, International Business School, Zentrum für Unternehmungsführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch, www.zfu.ch
09.03.2004	Aktuelle Rechtsfragen zur Europäischen Menschenrechtskonvention	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
15.–17.03.2004	Kundenbeziehungen: aufbauen – erhalten – intensivieren	Zürich	ZfU, International Business School, Zentrum für Unternehmungsführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch; www.zfu.ch
17.–20.03.2004	Mediation konkret: Erfolgreiche Konfliktlösung in der Geschäftspraxis	Pfäffikon	ZfU, International Business School (siehe oben)
24.03.2004	Aktuelle Rechtsfragen zu Internet und Strafrecht	Zürich	Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel: 071 224 24 24, Fax: 071 224 28 83, E-Mail: irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
29.–30.03.2004	Best Practice in der Strategiewerbeit	Thalwil	ZfU, International Business School, Zentrum für Unternehmungsführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch; www.zfu.ch
29.–30.04.2004	Moraldilemmata von Richtern und Rechtsanwälten	Kartause Ittingen	Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel: 071 224 24 24, Fax: 071 224 28 83, E-Mail: irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch

06.–08.05.2004	High Performance Organisation	Zürich	ZfU, International Business School, Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch, www.zfu.ch
12.05.2004	SAV-Mediationsausbildung	Bern	Schweizerischer Anwaltsverband, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel: 031 313 06 06, Fax: 031 313 06 16, E-Mail: info@swisslawyers.com
12.–14.05.2004	Führungsfaktor Kommunikation	Thalwil	ZfU, International Business School, Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch, www.zfu.ch
28.05.2004	Vortrag: Aktuelle Probleme des SchKG	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
18.06.2004	Anwaltstag	Bellinzona/Locarno	Schweizerischer Anwaltsverband, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel: 031 313 06 06, Fax: 031 313 06 16, E-Mail: info@swisslawyers.com, www.swisslawyers.com
01.07.2004	Zürcher Tagung zum europäischen Steuerrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
27.08.2004	Vortrag: Entscheid- und Rechtsprechungspraxis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz–EG	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich (siehe oben)
01.–05.09.2004	48 ^e Congrès Annuel de l'UIA	Genève	UIA, 25. rue du jour, 75001 Paris, France, Tél: +33 (0)1 44 88 55 66, Fax +33 (0)1 44 88 55 77, e-mail: uiacentre@wanadoo.fr, www.uianet.org
27.–29.09.2004	Kundenbeziehungen: aufbauen – erhalten – intensivieren	Zürich	ZfU, International Business School, Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch, www.zfu.ch
02.11.2004	SAV-Mediationsausbildung	Bern	Schweizerischer Anwaltsverband, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel: 031 313 06 06, Fax: 031 313 06 16, E-Mail: info@swisslawyers.com

Verschiedene Veranstaltungen / Autres manifestations

International

16.–27.02.2004	Projet ETHICS – Formation de haut niveau en droit international pénal	Florence	Institut Universitaire Européen, Prof. Salvatore Zappalà, Tel: +39 0554685 831/833, Fax: +39 0554685 804, E-Mail: ethics@iue.it, www.iue.it/RSCAS/ProfessionalDevelopment/ETHICS/
08.–09.03.2004	Leading and managing an effective in-house legal department	London	Hawksmere plc, Customer services, Tel: +44 (0)20 7881 1899, Fax: +44 (0)20 7259 0283, E-Mail: services@hawksmere.com, www.hawksmere.com
22.–23.04.2004	International technology licensing agreements	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
26.–28.04.2004	International intellectual property law	London	Claire Vipas, Hawksmere (siehe oben)
14.–18.06.2004	Legal communication and transnational practice skills – All skills course	New York City	American Law and Language, 1240 Park Avenue / Suite 4A NY, New York 10128, Tel: 1-212-289-6342, Fax: 1-212-860-0470, E-Mail: alicny@aol.com
18.–19.06.2004	Le secret bancaire face au blanchiment d'argent	Beyrouth (Liban)	UIA, 25. rue du jour, 75001 Paris, France, Tél: +33 (0)1 44 88 55 66, Fax: +33 (0)1 44 88 55 77, e-mail: uiacentre@wanadoo.fr, www.uianet.org
21.06.–02.07.2004	Seventh Annual International Commercial Law Seminar	Cologne (Germany)	International Law Programs, School of Law, UC Davis Extension Building, 1333 Research Park Drive, Davis, CA 95616-4852, Tel: (530) 757-8569, Fax: (530) 757-8596, E-Mail: law@uknemail.ucdavis.edu
07.–09.07.2004	Legal communication and transnational practice skills – Contract drafting	New York City	American Law and Language, 1240 Park Avenue / Suite 4A NY, New York 10128, Tel: 1-212-289-6342, Fax: 1-212-860-0470, E-Mail: alicny@aol.com
11.07.–07.08.2004	Orientation in U.S.A Law	California	International Law Programs, School of Law, UC Davis Extension Building, 1333 Research Park Drive, Davis, CA 95616-4852, Tel: (530) 757-8569, Fax: (530) 757-8596, E-Mail: law@uknemail.ucdavis.edu
11.07.–21.08.2004	Summer Master of Arts Degree in International Commercial Law	California	International Law Programs (siehe oben)
Aug. 2004–Mai 2005 LL.M. Program		Davis (California)	International Law Programs (siehe oben)
09.–20.08.2004	The Global Trading System: Substance and Dispute Resolution	California	International Law Programs (siehe oben)
01.–05.09.2004	48 ^e Congrès Annuel de l'UIA	Genève	UIA, 25 rue du jour, 75001 Paris, France, Tél: +33 (0)1 44 88 55 66, Fax: +33 (0)1 44 88 55 77, e-mail: uiacentre@wanadoo.fr, www.uianet.org
13.–15.10.2004	Legal communication and transnational practice skills – Contract drafting	New York City	American Law and Language, 1240 Park Avenue / Suite 4A NY, New York 10128, Tel: 1-212-289-6342, Fax: 1-212-860-0470, E-Mail: alicny@aol.com

PAGANINI SOFTWARE

Professionelle Informatik-Lösungen für Anwälte und Notare

PAGANINI SOFTWARE AG

Tel. 091 943 15 03

Fax 091 943 35 50

info@paganinissoftware.ch

www.paganinissoftware.ch

Wir stehen gerne für eine kostenlose Demo bei Ihnen zur Verfügung.